

Stand: 10.05.2025 11:15:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27084

"Haushaltsplan 2023; hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern (Kap. 02 03 Tit. 687 53)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27084 vom 02.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27945 des HA vom 28.02.2023
3. Beschluss des Plenums 18/28165 vom 28.03.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 2)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 687 53 von 3.006,5 Tsd. Euro um 200,0 Tsd. Euro auf 3.206,5 Tsd. Euro erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln werden die EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern und die EUREGIO Bayerischer Wald – Böhmerwald – Unterer Inn mit jeweils 100,0 Tsd. Euro bezuschusst.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800,0 Tsd. Euro ausgebracht, fällig zu jeweils gleichen Teilen in den Jahren 2024 bis 2027.

Begründung:

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik ist eine Aufgabe für den Freistaat Bayern, so auch die Arbeit der EUREGIO.

Die EUREGIO sind finanziell abhängig von Projektförderungen aus in der Regel EU-Programmen. Grundsätzliche Beratungsleistungen können daraus auf Dauer nicht finanziert werden.

Ziel sollte es sein, in der Förderperiode ab 2028 eine stabile Förderung der EUREGIO aus EU-Mitteln zu erreichen. Bis dahin sollte diese Lücke mit Landesmitteln gefüllt werden, um die Grundfinanzierung der EUREGIO zu sichern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2023; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichtersteller: **Harald Kühn**
Mitberichtersteller: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 werden die Ansätze in 2023
 - a) bei Tit. 686 01
von 83,4 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 43,4 Tsd. €
vermindert sowie
 - b) bei Tit. 685 53
von 12.000,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 12.100,0 Tsd. €
erhöht und
 - c) ein neuer Titel 686 03 „Zuschuss an den Bund der Bayer. Gebirgsschützen-Kompanien“ mit den Vermerken „Einseitig deckungsfähig zu Lasten 686 01.“ und „Die Mittel sind übertragbar.“ ausgebracht und mit 540,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 02 05 werden die Ansätze in 2023
 - a) bei Tit. 683 01
von 13.500,0 Tsd. €
um 1.000,0 Tsd. €
auf 14.500,0 Tsd. €
sowie
 - b) bei Tit. 893 01
von 65,0 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 85,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 02 03 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hilfe für Schulen in Afrika
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/27087
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an Gebirgsschützen
(Kap. 02 03 Tit. 686 01 und neuer Tit.)
Drs. 18/27088
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2023; hier: Lokal-TV in Bayern (Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/27089
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2023;
hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien
(Kap. 02 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/27090

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27080

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/27081
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Staatsministerien
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27082
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Servicestelle der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 18/27083
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27084
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für internationale Verständigung und eine europäische Identität - Inter-rail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 18/27085
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Qualitätsjournalismus - Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten stärken, Deutsche Journalistenschule e.V. angemessen unterstützen
(Kap. 02 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27086
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27091

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/27092
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragter der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27093
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/27094
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/27095
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27096
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 18/27097
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 18/27098
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungskampagne "Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung - Bußgeld zurück!"
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27099

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 164. Sitzung am 28. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 171. Sitzung am 23.03.2023 in einer **2. Beratung** behandelt und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 02 wird der Tit. 972 06
in 2023
von -2.450,0 Tsd. €
um -5.000,0 Tsd. €
auf -7.450,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 02 03 wird der Tit. 896 53
in 2023
von 0,0 Tsd. €
um 5.000,0 Tsd. €
auf 5.000,0 Tsd. €
erhöht

Der Änderungsantrag Drs. 18/28110 hat hierdurch seine Erledigung gefunden.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 12/14/15/19-H 1108.9-1/25/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2023

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2023 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2023 Tsd. €
1	2	3	4
	Ausgaben		
	Titelgruppen		
	54 Wertebündnis Bayern		
698 54-2	Stiftung "Wertebündnis Bayern"	A 809,7	809,7
011	Vermerk unverändert.	B	
	<i>Verpflichtungserm. 2023 Tsd. € 11.000,0</i>		
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2023 in Höhe von</i>		
	<i>11.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjah-</i>		
	<i>ren</i>		
	<i>2025 Tsd. € 275,0</i>		
	<i>2026 bis 2035 Tsd. € 10.725,0</i>		
	Summe der Titelgruppe	A 809,7	809,7
		B -	
	Gesamtausgaben	A 37.716,4	37.716,4
		B -	
	Abschluss		
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 415,5	415,5
		B -	
	Gesamteinnahmen	A 415,5	415,5
		B -	
	Personalausgaben	A 240,8	240,8
		B -	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 16.630,8	16.630,8
		B -	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 20.629,1	20.629,1
		B -	
	Sonstige Sachinvestitionen	A 215,7	215,7
		B -	
	Gesamtausgaben	A 37.716,4	37.716,4
		B -	
	Zuschuss	A 37.300,9	37.300,9

Erläuterungen

Zu 02 03/698 54

Verpflichtungsermächtigung wegen Fortführung der Stiftung Wertebündnis Bayern für den Zeitraum 2025 bis 2035. Mit der Verpflichtungsermächtigung kann die Fortführung der Stiftungslaufzeit frühzeitig in die Wege geleitet werden.

Epl. 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2023 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2023 Tsd. €
1	2	3	4
	Abschluss Epl. 02		
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 495,5 B -	495,5
	Gesamteinnahmen	A 495,5 B -	495,5
	Personalausgaben	A 56.525,2 B -	56.525,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 30.542,1 B -	30.542,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 49.819,1 B -	49.819,1
	<i>Verpflichtungserm. 2023 Tsd. €</i> 22.076,0		
	Baumaßnahmen	A 1.160,0 B -	1.160,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 2.106,6 B -	2.106,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 65,0 B -	65,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -2.102,2 B -	-2.102,2
	Gesamtausgaben		
	<i>Verpflichtungserm. 2023 Tsd. €</i> 22.076,0	A 138.115,8 B -	138.115,8
	Zuschuss	A 137.620,3	137.620,3



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27080, 18/27945
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/27081, 18/27945
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Staatsministerien
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27082, 18/27945
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Servicestelle der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 18/27083, 18/27945
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27084, 18/27945

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für internationale Verständigung und eine europäische Identität –
Interrail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 18/27085, 18/27945
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Qualitätsjournalismus – Ausbildung von Journalistinnen
und Journalisten stärken, Deutsche Journalistenschule e.V. angemessen
unterstützen
(Kap. 02 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27086, 18/27945
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27091, 18/27945
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 0203 Tit. 531 21)
Drs. 18/27092, 18/27945
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragter der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27093, 18/27945
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/27094, 18/27945
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der ent-
wicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländi-
schen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/27095, 18/27945

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27096, 18/27945
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 18/27097, 18/27945
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 18/27098, 18/27945
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungskampagne „Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung – Bußgeld zurück!“
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27099, 18/27945

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Sebastian Körber

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Josef Zellmeier

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Benjamin Adjei

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 3:**

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27087 mit 18/27089 und 18/28110)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 18/27090)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27082 mit 18/27086)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27091 mit 18/27099)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27080 und 18/27081)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten haben wie immer 4 Minuten. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/27099 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern ist für die Zukunft hervorragend gerüstet. Der Haushalt, über den wir in den nächsten Tagen in diesem Hohen Haus debattieren werden, stellt eines einmal mehr unter Beweis: Bayern investiert kraftvoll in die Zukunft. Gleichzeitig bleiben Bayerns Finanzen solide und beständig.

Das haben die renommierten Ratingagenturen erst vor Kurzem wieder bestätigt. Sie haben dem bayerischen Haushalt erneut die Bestnote gegeben und damit dem Freistaat die höchstmögliche Kreditwürdigkeit bescheinigt, und zwar als einzigem Bundesland in ganz Deutschland!

Dieses Lob der Ratingagenturen ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Dahinter steckt harte, jahrzehntelange Arbeit. Mein besonderer Dank für diese solide Finanzpolitik und den verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler gilt daher unserem Finanzminister. Ich danke dem Kollegen Albert Füracker, aber natürlich auch dem gesamten Kabinett und dem Herrn Ministerpräsidenten für die hervorragende Arbeit an diesem Haushaltsentwurf. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daneben gilt mein Dank aber auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses unter dem Vorsitz von Josef Zellmeier für die intensive und konstruktive Beratung aller Einzelpläne und Änderungsanträge innerhalb weniger Wochen. Dies war gute Arbeit. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Berlin dagegen wird wochenlang über den Bundeshaushalt gestritten. Die Ampel-Parteien schaffen es nicht einmal in 20 Stunden, sich im Koalitionsausschuss über die wichtigsten Streitfragen zu einigen. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat Bayern hat auf die Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre schnell und umsichtig reagiert. Wir haben gerade in Zeiten von Corona massiv geholfen, um vor allem die wirtschaftliche Basis unseres Landes zu sichern und zu stabilisieren. Genau das hat auch die Experten der Ratingagenturen überzeugt. Sie würdigen in ihrem Gutachten ausdrücklich die starke und robuste heimische Unterneh-

menslandschaft, die moderate Verschuldung und das gute Haushaltsmanagement, auch und gerade während der Corona-Pandemie.

Trotz aller Krisen lässt sich heute feststellen: Bayern hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder, nämlich nur ein Drittel vom Durchschnitt der West-Flächenländer. Und: Bayern hat in den vergangenen Jahren keine Schulden aufgenommen, sondern wir haben insgesamt 5,7 Milliarden Euro Schulden getilgt. Dies ist einmalig in Deutschland, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zinsausgabenquote liegt in Bayern bei lediglich 0,9 %. Zum Vergleich: Im Bund hat sie sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Das bedeutet in Zahlen: Im Jahr 2021 hat der Bund 4 Milliarden Euro Zinsen gezahlt; in diesem Jahr werden es schon mehr als 40 Milliarden Euro sein, also das Zehnfache. Kein Wunder, meine Damen und Herren, bei 100 Milliarden Euro neuer Schulden, die der Bund allein im regulären Haushalt 2022 angehäuft hat.

Die Investitionsquote ist mit 14,6 % in Bayern fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Flächenländer im Westen. Wir investieren in die Zukunft – in Forschung, in Infrastruktur, aber auch und vor allem in leistungsfähige und attraktive Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem Gesamthaushalt von 71,2 Milliarden Euro fließen allein 24,6 Milliarden Euro in die Bildung. Die Investitionen reichen von der digitalen Ausstattung unserer Schulen bis hin zur Umsetzung der Hightech Agenda an unseren Hochschulen. Das ist wieder mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts.

7,8 Milliarden Euro, also jeder zehnte Euro, stehen für die innere Sicherheit und einen effektiven Rechtsstaat zur Verfügung. Auch heuer werden wieder 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen und unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt; denn wir wollen, dass es auch in Zukunft heißt: "In Bayern leben heißt sicher leben", liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen auch in der Energiekrise unsere Betriebe, unsere öffentlichen und sozialen Einrichtungen nicht allein und haben einen bayerischen Härtefallfonds auf den Weg gebracht. Der Schutzschirm, den wir aufgespannt haben, reicht von der Existenzsicherung unserer Unternehmen bis zur kräftigen Unterstützung für das Ehrenamt, indem wir zum Beispiel die Vereinspauschale erneut verdoppelt haben.

All das setzen wir in Bayern ohne Neuverschuldung und ohne Kreditermächtigungen um. Nur zur Erinnerung, vor allem für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: In Berlin amtiert mit Christian Lindner ein Bundesfinanzminister, der in seiner bisherigen kurzen Amtszeit sage und schreibe 500 Milliarden Euro zusätzliche Schulden, mehr als das Volumen des ganzen Bundeshaushalts, aufgenommen hat oder sich dazu hat ermächtigen lassen. Dies ist unglaublich, dies ist unsolide, und ich würde mich als FDP dafür schämen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Trotzdem reicht der Ampel das Geld offenbar nicht, wie der aktuelle Streit über den Bundeshaushalt zeigt. Stattdessen herrscht in der Bundesregierung Finanzchaos, wohin man auch blickt: Ein Bundesfinanzminister, der die Haushaltsberatungen verschieben muss, weil er die Mehrforderungen der Ressorts nicht in den Griff bekommt;

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Kabinettsmitglieder, die ihre Kollegen öffentlich wegen Durchstechereien attackieren; Corona-Kredite, die kurzerhand als Mittel für den Klimaschutz umetikettiert werden; Härtefallhilfen für Unternehmen mit Öl- oder Pelletheizungen, die von der Bundesregierung versprochen und dann vom Haushaltsausschuss einfach wieder gestrichen werden – so sieht keine verlässliche Politik aus, meine lieben Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Kommunen, die wegen des Flüchtlingszustroms seit Monaten vergeblich auf zusätzliche Unterstützung vom Bund warten, werden alleingelassen. Stattdessen: Fehlanzeige bei der Begrenzung der Zuwanderung und Fehlanzeige bei weiteren finanziellen Hilfen für die Kommunen, die dies zu schultern haben. In Bayern erhalten die Kommunen Gott sei Dank – vielleicht ist das auch für andere Bundesländer interessant – einen einhundertprozentigen Ausgleich ihrer Kosten, was Flüchtlinge anbelangt, vom Freistaat Bayern, sodass sie diese nicht selbst tragen müssen. Der Flüchtlingsgipfel vom Februar war ein Flop, der nur noch vom Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin übertroffen worden ist. Der Bundeskanzler bleibt in Deckung und hat keine Zeit für das Gespräch mit den Kommunen, die jeden Tag händeringend nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten suchen müssen und, meine Damen und Herren, wie wir leider feststellen müssen, langsam an ihre Grenzen stoßen.

Nicht zuletzt wurde ein sogenanntes Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro aufgelegt. Es wurde groß verkündet; das war die sogenannte Wumms-Geschichte. Aber leider ist die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, das Geld auszugeben. Die Bundeswehr steht heute schlechter da als vor einem Jahr. Wir geben Waffen ab, kaufen aber keine. So behaupten beispielsweise die Hersteller von Kampfpanzern, dass bei ihnen überhaupt noch keine Bestellungen eingegangen seien. Dies ist nicht das, was man sich unter solider Verteidigungspolitik vorstellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Als Kronzeugin will ich eine SPD-Politikerin – –

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Ich würde auch nervös werden und dazwischenrufen, wenn ich eine so miserable, saumäßige Bilanz wie die Ampel vorzulegen hätte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Kronzeugin, meine Damen und Herren, führe ich die Wehrbeauftragte des Bundes von der SPD an: Von den 100 Milliarden ist bisher bei der Truppe kein Cent angekommen. Meine Damen und Herren, kein Cent ist angekommen! Das zeugt nicht nur von Unfähigkeit; das ist ein absolutes Armutszeugnis gegenüber den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr, die unser Land verteidigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür sollten Sie sich schämen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie sollten sich schämen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück nach Bayern: Hier komme ich aus dem Stauen nicht heraus, wenn ich das Wahlprogramm der GRÜNEN lese. Nicht nur weniger Fleisch und weniger Polizei werden darin für Bayern gefordert

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist falsch!)

– das kennt man ja –, sondern auch mehr Zuwanderung und mehr Schulden. Für alle möglichen Zwecke wollen Sie die Schuldenbremse in der Verfassung auflösen und zukünftige Generationen belasten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Gelogen!)

Aber Schulden bleiben Schulden. Sie belasten künftige Generationen und kommen uns angesichts der gestiegenen Zinsen teuer zu stehen, ganz egal, wofür man sie aufnimmt. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, zeigen Sie doch einmal, dass Sie es wirklich ernst meinen mit einer nachhaltigen Politik für unsere Kinder und Enkelkinder und streichen Sie dieses unverantwortliche Schuldenmachen aus Ihrem neuen Wahlprogramm! Dies würde ich Ihnen empfehlen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir halten an der Schuldenbremse fest. Wir haben sie aus guten Gründen in der Verfassung verankert, damit die Politik auf Dauer verantwortungsvoll haushaltet und auch die Zukunft im Blick behält.

Um eine verantwortungsvolle Finanzpolitik geht es auch beim Länderfinanzausgleich. Da gibt es Länder, die es sich als große Transferempfänger bequem eingerichtet haben, wie Berlin mit einem 29-Euro-Ticket im ÖPNV oder der schon seit Langem absolut kostenlosen Betreuung von Kindern in den Einrichtungen. Und da gibt es den Freistaat Bayern, dessen Bürgerinnen und Bürger das alles über den Länderfinanzausgleich bezahlen sollen. Das kann so nicht weitergehen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will dies etwas verdeutlichen. Ich sehe ein, dass man finanzielle Schieflagen zwischen Ländern auch ausgleichen muss. Ich sehe aber nicht ein, dass Bayern inzwischen allein mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs tragen muss. Zuletzt haben wir fast zehn Milliarden Euro bezahlt. Folgende Rechnung zeigt, wo das Problem liegt: 2021 kam Bayern auf Steuereinnahmen von 4.000 Euro pro Einwohner, Berlin dagegen nur auf etwa 2.500 Euro pro Kopf. Nach dem Finanzausgleich, meine Damen und Herren, stehen Berlin jedoch 5.000 Euro zum Ausgeben zur Verfügung, also 1.000 Euro mehr als in Bayern. Dies kann so nicht bleiben, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wer Berlin seit Jahren regiert, das wissen wir. Dies ist eine ganz typische rot-grünlinke Misswirtschaft.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das hat mit Solidarität nichts zu tun, sondern das ist ungerecht und leistungsfeindlich.

(Weitere Zurufe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Kinderstube?)

Wer das gerecht nennt – –

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Das war Söder!)

– Sie werden das doch nicht verteidigen, was Berlin macht! Sie haben doch gesehen, wie Ihre Parteien abgestraft worden sind. Sie haben noch zu viele Stimmen dort, meine Damen und Herren; noch weniger wären angezeigt gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer das gerecht nennt, hat eine Rechenschwäche oder ein tieferliegendes Problem mit Bayern. Das hat die "Süddeutsche Zeitung" vor Kurzem kommentiert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war Söder!)

Sie steht dem Verdacht fern, uns in der politischen Berichterstattung besonders nahe zu stehen.

Für uns steht fest: Bayern kann und will nicht mehr die Melkkuh von Ländern sein, die das erarbeitete Steuergeld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Wir werden uns gegen diese massive Fehlentwicklung beim Länderfinanzausgleich mit aller Kraft wehren und auch dagegen klagen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Mit einem verantwortungsvollen klugen Einsatz von Steuereinnahmen, mit dem Fleiß der Menschen und den richtigen politischen Weichenstellungen ist Bayern zu dem geworden, was wir heute sind: Familienland Nummer 1 mit 4,2 Millionen Euro Investitionen. Ich nenne nur das Bayerische Familiengeld, das in Deutschland einmalig ist.

(Thomas Huber (CSU): Milliarden!)

– Milliarden natürlich. – Bayern investiert kräftig in die Gesundheitsversorgung und Pflege, in die Geburtshilfe, Landarztprämie und die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze. Wir geben auch in diesem Jahr 2023 wieder Fördergelder von 643 Millionen Euro für die Krankenhausförderung aus. Das Landespflegegeld, eine Besonderheit Bayerns, hat ein Volumen von 430 Millionen Euro. Die GRÜNEN wollen das Landespflegegeld übrigens komplett abschaffen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der älteren Generation und ihrer Angehörigen. Solche Dinge sind mit der CSU nicht zu machen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist als Wirtschaftsstandort führend, und wir müssen alles dafür tun, dass das so bleibt. Die Arbeitslosigkeit ist nirgends so niedrig wie in Bayern. In Bayern ist die Spitzenforschung zuhause, und deshalb kommen auch Apple, Google, Microsoft und IBM zu uns. Sie gehen nicht nach Paris, sie gehen nicht nach London, sondern sie kommen nach München. Dies sind unsere Konkurrenten. Bayern ist in Europa eine Ideenschmiede und eine der führenden Regionen bei den Patentanmeldungen. Mit unserer Hightech Agenda investieren wir 3,5 Milliarden Euro gezielt in die bayerische Innovationskraft. Das ist unsere Bilanz für Bayern, trotz aller Krisen in den letzten Jahren. Wir haben zusammen mit unserem Koalitionspartner den Koalitionsvertrag abgearbeitet. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben, und wir haben Bayern weiter vorangebracht. Die Menschen in Bayern wollen, dass wir diesen Weg fortsetzen; das zeigen uns alle Umfragen. Stabile Verhältnisse statt Ampel-Chaos – das ist die Voraussetzung dafür, dass Bayern vorne bleibt. Das stellen wir mit dem Haushalt unter Beweis, und daran werden wir auch weiterhin mit ganzer Kraft arbeiten, um dieses Land vorwärtszubringen und den Menschen in Bayern bestmöglich zu dienen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich sehe, der Stuhl des Ministerpräsidenten ist unbesetzt. Ich habe mich letzte Woche bei den Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz erkundigt. Dort nimmt die Ministerpräsidentin Malu Dreyer an jeder Plenarsitzung teil.

Wir reden heute über den Einzelplan 02, also über den Etat des Ministerpräsidenten. Das wird in der deutschen parlamentarischen Tradition üblicherweise für eine Generalaussprache über die Politik des Ministerpräsidenten genutzt, im Bundestag ist es der Kanzler. Deswegen meine Frage: Lässt sich seine Hoheit Markus Söder heute hier noch blicken und stellt sich der politischen Debatte, oder können wir davon ausgehen, dass er nicht an der Landtagssitzung teilnimmt?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der ist beim Starkbieranstich!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sie sagen, der Sitz ist unbesetzt. Ich sage Ihnen, wir haben einen Ministerpräsidenten, und der Sitz ist besetzt, er ist nur im Moment nicht im Plenum. Damit überhaupt keine Missverständnisse aufkommen: Er ist im Haus. Ich gehe davon aus, dass er jeden Moment kommen wird.

(Zurufe: Oh!)

Ich habe mit ihm darüber aber nicht gesprochen.

(Zuruf: Ich habe auf seine Rede gewartet!)

– Ein Ministerpräsident hat noch nie die Haushaltsdebatte hier eröffnet. – Das war's schon?

Präsidentin Ilse Aigner: Ja, das war's. Das war nur eine Zwischenbemerkung.

Thomas Kreuzer (CSU): Hier vorne blinkt es immer noch. – Okay.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Einzelplan 02, den Einzelplan der Staatskanzlei. Man muss feststellen, dass der Ministerpräsident heute nicht anwesend ist.

(Zurufe von der CSU: Ah!)

Er ist seit gut zehn Jahren für die Finanzen in Bayern verantwortlich – erst als Finanzminister, dann als Ministerpräsident. Der Staatshaushalt ist allein von 2017 bis 2023 um circa 25 % gewachsen. An dieser Stelle, ganz am Anfang meiner Rede, möchte ich mich bei unseren Unternehmen in Bayern, bei den Selbstständigen, bei Angestellten, bei all denen bedanken, die durch ihre Steuerzahlungen diese Einnahmen ermöglicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir ist es wichtig, das am Anfang deutlich zu sagen; denn wir reden heute über das Geld, das die Menschen der Regierung anvertraut haben in der Erwartung, dass damit in eine gute Zukunft für alle investiert wird.

Das haben Sie nicht getan. Ihr jetziger Haushalt ist alles andere als ein Ideenfeuerwerk. Sie geben weiterhin viel Geld aus, schmeißen mit Geld um sich, ohne wirklich Strukturen zu verbessern. Sie investieren nicht in die Zukunft. Ihre Haushaltspolitik steckt im Gestern fest. Jeder soll doch gerade so viel bekommen, dass es gerade noch für den Machterhalt der CSU reicht. Mehr ist da nicht, mehr Anspruch hat Ihre Haushaltspolitik nicht. Mehr politischen Gestaltungswillen findet man in Ihrem Haushalt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Chancen, ein Jahrzehnt des fehlenden Weitblicks, ein Jahrzehnt der fehlenden Richtung. Das rächt sich gerade bitter für die Menschen in unserem Land. Unsere Schulen, unsere Unis, unser Schienennetz, die öffentlichen Schwimmbäder, unsere digitale Verwaltung – das sind Baustellen, die seit Jahren auf echte Lösungen warten, bei denen große Investitionen notwendig wären.

(Robert Brannekämper (CSU): So ein Unsinn! Hören Sie auf!)

Hier geht es ums Gemeinwohl, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um das Große und Ganze, um all das, was im wahrsten Sinne des Wortes nach einer anderen Politik schreit. Das haben Sie nicht im Blick.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neue Ideen, die Ideen anderer, machen Sie nieder, statt eigene Ideen zu liefern. Das ist Ihre Politik. Aber bei guter Politik kommt es doch aufs Machen, nicht aufs Niedermachen an, wie Sie es jeden Tag tun, Herr Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, jedes Jahr zeigt sich aufs Neue: Ein dicker Geldbeutel allein ist kein Garant für eine gute Politik. Der Haushalt sollte doch das Ergebnis eines Wettstreits der besten Ideen sein, um die Herausforderungen unserer Zeit anzupacken und Bayern für alle Menschen in Bayern zukunftsfest zu machen. Ihr Haushalt spiegelt wirklich nur eines wider: Sachfragen und Gestaltungsarbeit haben in der Söder-Staatskanzlei offenbar nur den Vermerk "kein Gewinnerthema". – So einfach ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie drücken sich vor den notwendigen Aufgaben unserer Zeit, Sie drücken sich vor der Verantwortung, der Zukunft eine Richtung zu geben, und Sie drücken sich davor, Ihr altes Denken endlich abzulegen. Das rächt sich gerade bitter, besonders in der Energiepolitik. – Von Ihnen habe ich dazu gar nichts gehört, Herr Kreuzer. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen gerade die Zeche für die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Sie aufgebaut haben. Sie zahlen für den Stillstand, den Sie verwalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss es so deutlich sagen: Ihre verfehlte Energiepolitik hat das Leben der Menschen in Bayern deutlich teurer gemacht; das haben Sie uns eingebrockt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Technik ist da, Bayerns Unternehmen sind bereit, nur die CSU will und kann die Energiewende bis heute nicht wirklich voranbringen. Die Liebe der CSU zu dreckigen fossilen Energien hat uns in eine Abhängigkeit von russischem Öl und Gas getrieben. Die Menschen zahlen dafür gerade die Zeche.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer verlängert denn die Laufzeit der Kohlekraftwerke?)

Wie war das denn bei Ihnen? Wie war es denn, als Putin völkerrechtswidrig die Krim besetzt hat? – Da haben Sie noch neue Öl- und Gasheizungen gefördert. Sie haben das gemacht und die Menschen in diese Abhängigkeit getrieben! Das ist Ihr Verdienst! Sie machen das Leben der Menschen deutlich teurer.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man vorsichtig mit Steinen sein! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Selbst nichts auf die Reihe bringen, aber hier den großen Max machen!)

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine legt das energiepolitische Versagen der CSU schonungslos offen; das zeigt doch Ihre Unruhe. Unser Energiesystem, das Sie

mitgeschaffen haben, ist zu abhängig, zu angreifbar, zu teuer und obendrein noch klimaschädlich. Daraus wollen wir uns befreien.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Davon sind Sie doch meilenweit entfernt!)

Die günstige Windenergie aus dem Norden kommt nicht bei uns an, weil die CSU den Netzausbau verschleppt hat. Sie haben den bayerischen Windkraftausbau blockiert. Sie haben kritische Infrastruktur, Stromnetze und Wasserkraftwerke verscherbelt; das war die CSU!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Durch Ihre Politik, durch Ihr altes Denken haben Sie die Energiesicherheit in Bayern aufs Spiel gesetzt. So ist es!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik kann es auch anders machen. Politik kann auch anders agieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So wie in Berlin, oder? Gott bewahre!)

Seit den 1980er-Jahren sagen wir Ihnen, wie Energiewende geht. Gestern haben wir weitsichtig mehr erneuerbare Energien gefordert. Heute sorgt unser grüner Energieminister Robert Habeck für sichere und bezahlbare Energie in Deutschland.

(Lachen bei der CSU)

Morgen machen wir Bayern zu 100 % erneuerbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir machen Bayern für unsere Kinder und Enkelkinder energiesicher und klimaneutral. Das ist echte Bayernliebe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Was Sie sagen, hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun!)

Es ist echt schade, dass der Ministerpräsident immer noch nicht da ist.

(Alexander König (CSU): Er hat noch nichts verpasst! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist schwach, ganz schwach!)

– Ich glaube, man hat hier einen Nerv ziemlich getroffen. Sie merken endlich, dass die Herausforderungen unserer Zeit deutlich leichter zu meistern wären, wenn Sie die Energiewende in diesem Land nicht jahrzehntelang blockiert hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo könnte Bayern heute stehen? – Wir könnten heute hier gemeinsam bei der Energiewende auf Bayern stolz sein, wenn Markus Söder bei seinem Thema geblieben wäre, das er angekündigt hat.

(Hans Herold (CSU): Gibt es auch noch ein anderes Thema?)

2011 stand Markus Söder als Umweltminister hier am Rednerpult und hat die Energiewende angekündigt. Ein paar Wochen später hat es ihn nicht mehr interessiert. Das sind einfach nur gebrochene Versprechen von Markus Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hätten Sie die Windkraft nicht jahrelang in Bayern blockiert, dann hätten wir heute wahrscheinlich 3.000 moderne Windräder, davon viele in Bürgerhand. Bei einer durchschnittlichen Einspeisevergütung von 7 Cent pro kWh würden 2 Milliarden Euro nach Bayern fließen. Das wären 6 Millionen Euro pro Tag, die direkt in die Region fließen würden.

(Alexander König (CSU): Sie erzählen Märchen!)

So geht regionale Wertschöpfung; so stärkt man das Handwerk und die Wirtschaft in Zentren und auf dem Land. Alle Energiegenossenschaften, mit denen ich gesprochen habe, sind sich ganz deutlich einig: Die CSU hat die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten der Chancen der Energiewende in Bürgerhand beraubt, weil Sie die Windkraft massiv blockiert und den Stromnetzausbau sabotiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mehr fällt Ihnen nicht ein, oder?)

– Ich weiß, Sie wollen das nicht hören, aber das sind Fakten.

(Robert Brannekämper (CSU): Das ist Unsinn! – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Söders Energiepolitik ist schuld an der massiven Teuerung. Sie haben uns von Öl und Gas abhängig gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch jede Pipeline schießt doch nicht nur Gas und Öl nach Bayern; damit schießt auch die Inflation in unser Land.

(Robert Brannekämper (CSU): Ja, genau!)

Die CSU-Energiepolitik ist die Ursache der Inflation in Bayern.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU)

Die Menschen in Bayern zahlen gerade die Zeche für Söders energiepolitisches Versagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Welcher Blödsinn!)

Wenn Sie das Land wie kein anderes Bundesland abhängig von fossilen Energien in diesem Bereich machen und dann die Kosten durch die Decke gehen, treiben Sie die Inflation.

(Thomas Kreuzer (CSU): Fasching ist schon vorbei!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident Markus Söder schwärmt heute immer noch von seiner Klima-Milliarde. Es ist nur komisch, dass die CO₂-Emissionen in Bayern weiter steigen.

(Ulrich Singer (AfD): Ihre Politik ist doch daran schuld, wenn Sie Atomkraftwerke ausschalten!)

– Ich rede von Bayern. – Ganz nüchtern festgestellt, investieren Sie das Geld falsch und erreichen nicht das Ziel. Sie stellen keine Weichen für ein zukunftsfestes Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hätten Sie die Atommeiler weiterlaufen lassen, bräuchten wir keine Kohlekraftwerke!)

Es interessiert Sie nicht, wie unsere Städte aussehen müssten, damit Menschen dort auch künftig trotz Hitze und Starkregen noch leben können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Es interessiert Sie nicht, wie Bürgermeister die Wärmeplanung umsetzen, um Privathäuser mit kostenloser Abwärme aus der Industrie oder günstiger Geothermie zu versorgen. All das interessiert Sie nicht und findet keinen Widerhall in Ihrem Haushaltsentwurf. Dass Sie bei der Energiewende immer wieder statistische Rosinenpickerei betreiben, ändert doch nichts an der Wahrheit. Alle Faktenfuchse der Welt haben festgestellt: Bayern liegt – gemessen an der Größe des Landes – im hinteren Mittelfeld, was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist doch Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn. 2021 ist der Anteil an sauberem Strom in Bayern sogar gesunken. Das ist Ihr Verdienst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Dann lassen Sie die Atomkraftwerke weiterlaufen!)

Wenn man sich das einmal ganz aktuell anschaut: Auf Bundesebene räumt Robert Habeck die Hindernisse für den Ausbau der Windkraft aus dem Weg.

(Lachen bei der CSU – Alexander König (CSU): Da sind wir einmal sehr gespannt!)

Was machen Sie in Bayern? – Sie machen die Vogelkartierung deutlich komplizierter, als es der Bund vorgibt. Das ist bayerische Blockade! Das ist Ihre Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie sind verantwortlich für die CO₂-Emissionen! Sie kaufen LNG ein und lassen Kohlekraftwerke laufen!)

In Bayern wurde 2023 keine einzige neue Windkraftanlage genehmigt. Keine einzige! In Sachsen-Anhalt wurden in diesem Jahr 20, in Niedersachsen 22 und in Schleswig-Holstein 33 neue Windkraftanlagen genehmigt, in Bayern keine einzige.

Kommen wir zu den Staatsforsten: Ständig wurde angekündigt, die Windkraft in den Staatsforsten voranzubringen. Warum haben Sie eigentlich die artenschutzrechtliche Prüfung bis heute nicht gestartet? Dann wären wir bereits fertig und könnten dort bauen. Das hätten Sie einfach machen können. Sie machen nichts und schimpfen stattdessen die ganze Zeit in Richtung Berlin, ohne in Bayern konkret etwas umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wind-, Solar- und Wasserkraft stehen für die günstigen Energien; sie schicken uns keine Rechnung. Öl und Gas sind klimaschädliche Energien von gestern, die Strom

und Wärme teuer machen. Mit ihnen schießt die Inflation durch die Pipeline nach Bayern. Mit Ihrem Gejammer und Ihrer Unruhe lähmen Sie doch gerade ein ganzes Land und liefern keine Ideen. Ich habe im Haushalt keine neue Idee gefunden, um die Energiewende wirklich voranzubringen.

Wir haben ganz klar einen sozialen Ausgleich über einen Wärmefonds vorgeschlagen, um den Umbau der Sozialwohnungen deutlich zu unterstützen, weil uns natürlich klar ist, dass die Menschen das nicht alleine finanzieren können. Wir haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land im Blick und unterstützen sie bei der Sanierung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern, weil das eine gemeinsame Aufgabe ist.

Kommen wir zur Geothermie, zu unserer Tiefenwärme, zu unserem Schatz unter unseren Füßen: Die Kommunen brauchen doch Sicherheit bei der Finanzierung, um die Tiefenwärme endlich zu erschließen. Wir haben einen Vorschlag betreffend einen Ausfallfonds vorgelegt, um das Bohrrisiko abzufedern, weil uns ganz klar ist, dass Energiewende nur gemeinsam geht. Nur gemeinsam können wir das stemmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema, zum Thema Wasser, das die Menschen in ganz Bayern umtreibt und ihnen Sorgen macht. Daran hat Ihre heutige Ankündigung relativ wenig geändert. Die Tatsache, dass bei uns Wasser an Großkonzerne verschenkt wird, Sie die Wasserversorgung von uns allen aufs Spiel setzen und Konzerne für Tiefengrundwasser in Bayern nichts bezahlen müssen und keinerlei Anreiz haben, sparsam mit dieser eisernen Reserve umzugehen, ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie scheuen nicht einmal davor zurück, das Tiefengrundwasser weiter auszubeuten. Das ist die eiserne Reserve von Ihren und meinen Kindern, die wir dringend schützen müssen.

(Zuruf: Nein!)

Dass der Ausverkauf des Grundwassers endlich aufhören muss, ist ganz klar der Wunsch der Bevölkerung und das zeigen auch die Zahlen. Wir erleben gerade eine Trockenheit: Der Grundwasserpegel ist bei über 60 % der Messstellen auf einem niedrigen Stand. Faktisch kommen täglich neue Niedrigstände hinzu. Das heißt doch: Wir brauchen dringend eine Politik, die unser Wasser schützt, Wasser spart und es endlich sauber hält. Da müssen wir dringend etwas ändern!

Was Sie heute gemacht haben, begrüßen wir und freuen uns darüber, dass Sie bei Ihrer "Aufweichorgie" beim Gewässerschutz wieder zurückgerudert sind. Das kam nicht aus der Fraktion. Das hat der Ministerpräsident wohl selber schnell gemacht. Ich frage mich immer noch, wer von Ihnen eigentlich solche Anträge gestellt und ins Verfahren gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So wenig Rücksicht auf unser wichtiges Lebensmittel, auf unser Trinkwasser! Dass das passieren kann, zeigt:

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die ganze Fraktion war das!)

Sie hängen wirklich im alten Denken fest!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass diese Aufweichung jetzt gebremst wird, verdanken wir den Menschen und ihrer Liebe zu den Naturschätzen in unserem Land. Die Liebe zu sauberem Wasser war stärker als Ihre Profitinteressen, unser Wasser für den schnellen Euro zu verschern!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Falschbehauptung!)

Für uns ist klar: Wird Grundwasser genutzt, hat die Trinkwasserversorgung Vorrang. Es kann nicht sein, dass kommerzielle Wasserabfüller mit öffentlichen Versorgern gleichgestellt werden. Unsere Wasserschutzgebiete dürfen nicht angetastet werden. Wir brauchen eher mehr und nicht weniger. Wenn Wasser, das Nahrungsmittel Nummer eins, nicht schützenswert ist, was ist denn dann aus Ihrer Sicht überhaupt schützenswert?

Wir wollen ein Wasserentnahmeentgelt einführen. Es kann nicht so bleiben, dass in Bayern für Industrielle und Mineralwasserkonzerne selbst Tiefengrundwasser komplett kostenlos ist. Wie gesagt: Die Konzerne haben keinerlei Anreiz, sparsam und effizient mit dieser Ressource umzugehen. Das wollen wir im Interesse aller Menschen in Bayern endlich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU kündigt zwar an, schaut aber weiter zu, wie unser wertvolles Lebensmittel sorglos verschwendet wird. Dabei wünschen sich die Menschen in Bayern, dass ihre Regierung ihr Trinkwasser schützt. Sie hat die Pflicht dazu. Es ist die Pflicht zur Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land.

Das Wasser scheint bei der Söder-Regierung insgesamt einen geringen Stellenwert zu haben; denn auch der Zustand unserer Gewässer lässt zu wünschen übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da hat die Anhörung etwas anderes ergeben!)

Der ökologische Zustand der Flüsse in Bayern erreicht bei nur etwa 19 % die Bewertung "gut". Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die Zahlen im Haushalt anschaut: Sie nehmen dafür nicht das nötige Geld in die Hand. Das zeigt ganz deutlich: Gewässerschutz wird bei Ihnen nicht groß-, sondern kleingeschrieben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das, obwohl spätestens 2027 alle Gewässer nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einem guten ökologischen Zustand sein sollten. Bayern ist hier wieder mal Spitzenreiter im Nichterreichen von Zielen. Das hat fatale Folgen für Menschen und Tiere. In Zeiten von Dürren und Starkregen sind wir doch auf natürlichen Hochwasserschutz mehr denn je angewiesen. Unsere sinkenden Grundwasserpegel können wir erhöhen, wenn wir Auwälder wieder zulassen und unseren Flüssen endlich mehr Platz zugestehen. Dass die Söder-Regierung die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie jedes Jahr weiter verschleppt, zeigt wieder einmal, wie wenig sie die Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen in den Blick nimmt. Es fehlt ihr selbst bei unserem wichtigsten Lebensmittel, bei unserem Wasser, an Weitsicht, richtig zu handeln. Jedes Jahr, das wir warten, macht die Aufgabe teurer, nicht günstiger. Das ist unstrittig, das belegen alle Studien, und Sie schieben es immer weiter raus.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt gar nicht!)

Am Ende zahlen das unsere Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen: Das sind die Moore. Da wird vom Ministerpräsidenten auch immer groß angekündigt. Das ist ein weiteres der wichtigen Zukunftsprojekte, das Herr Söder nicht umsetzt und einfach nur liegen lässt. Ich will das an einem letzten Beispiel deutlich machen: Moorrenaturierung. Die Moore sind unser CO₂-Speicher. Da sind wir uns alle einig. Wenn die Regierung von Markus Söder in dem Tempo wie bisher weitermacht, dann brauchen wir für ihr Ziel, 55.000 Hektar Moore zu renaturieren, 625 Jahre.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das Tempo von Markus Söder, um sein eigenes Ziel zu erreichen. Beim Klimaschutz ist und bleibt Söder Deutschlands größter Versprechensbrecher!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, gute Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Gute Politik schaut nach vorne und handelt weitsichtig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Macht das mal in Berlin!)

Sie lässt altes Denken los. Sie entscheidet sich für Lösungen, die auch unsere Enkelkinder noch richtig finden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie reden gerade vom Staatshaushalt, richtig?)

Sie stellt sich Herausforderungen und packt pragmatisch an. In Berlin stellt man sich Herausforderungen, die Sie uns eingebracht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Widerspruch bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist wohl ein Witz!)

Gute Politik schafft Rahmenbedingungen, damit alle Menschen gut leben können – heute und morgen.

(Staatsminister Albert Füracker: Lützerath!)

Sie schweißt das Land zusammen, anstatt es zu spalten, und sie schützt das, was uns erhält: unser Wasser, unsere Luft, unsere Böden. Wir haben das, was sich viele Menschen in Bayern wünschen: eine klare Haltung, einen klaren Wertekompass, eine klare Vision und einen klaren Plan für die Zukunft Bayerns!

(Staatsminister Albert Füracker: Lützerath!)

Überwinden wir dieses verlorene Jahrzehnt! Machen wir dieses Jahrzehnt zum Jahrzehnt des Anpackens und des Machens! Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass klimaneutrale Produktionsprozesse aus Bayern Vorbildcharakter haben. Das ist unsere Chance. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Bayern arbeiten, in dem die zugewanderte Syrerin genauso gut Vorstandsvorsitzende werden kann wie der bayerische Anwaltssohn. Das ist unser Anspruch. Lassen Sie uns gemeinsam ein Bayern schaffen, in dem Anpackergeist und Erfindungsreichtum ein neues Erfolgsmodell begründen. Das ist unser Potenzial. Lassen Sie uns Bayern zu einem Ort machen, an dem der Mensch und die schöne bayerische Natur im Mittelpunkt stehen! Das ist wahre Bayernliebe. Packen wir es an!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):
Schwache Rede! Ganz schwache Rede! Schwach! Wirklich schwach!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von unserem Geburtstagskind Petra Guttenberger, der ich noch mal herzlich gratuliere.

Petra Guttenberger (CSU): Danke schön. – Herr Hartmann, ich bin jetzt schon ein bisschen irritiert über Ihre Aussagen zum Land Bayern. Nach meiner Erkenntnis ist Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorne,

(Zurufe von den GRÜNEN)

natürlich nicht im Offshore-Bereich. Wir haben leider keinen Zugang zum Meer.

Sie stellen hier eine Welt dar, die Gott sei Dank nicht so existiert. Ist Ihnen bekannt, dass man hier zwar einerseits Fracking verbietet, andererseits aber Fracking-Gas kauft mit den Stimmen der neuen Bundesregierung?

Nehmen wir mal das Thema Wasser: Ist Ihnen bekannt, dass die Wasserstrategie der Bundesregierung – Beschluss des Bundeskabinetts – in etwa dem entspricht, was in

den klarstellenden Anträgen, die Sie gerade so verteufelt haben, drinsteht? Ist Ihnen bekannt,

(Horst Arnold (SPD): Das sind Suggestivfragen!)

dass die neue Bundesregierung, die Ampel-Bundesregierung, bei uns wieder Kohlekraftwerke anschiebt?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit wäre beendet.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Erst mal alles Gute zum Geburtstag auch von meiner Seite.

(Allgemeiner Beifall)

Petra Guttenberger (CSU): Nachdem Sie jetzt die Stimme so erhöht haben – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Frau Kollegin, es gibt keine Geburtstagsgeschenke!

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich wünsche Ihnen zum Geburtstag von ganzem Herzen, dass Sie die Zeit und die Kraft finden, Ihr altes Denken endlich zu überwinden und in der neuen Zeit anzukommen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Keine Antwort! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Olle Kamellen, Herr "Geologe"! – Hans Herold (CSU): Das war schwach! Keine Antworten! – Weitere Zurufe von der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, wir haben noch eine Intervention von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege von den GRÜNEN, die GRÜNEN wollen ja gern ganz locker die Gesetzgebung zugunsten der Windräder und leider zuungunsten der Vogelwelt ändern. Das haben Sie eben selbst gesagt. Deshalb beklagen Sie in diesem Plenarsaal, dass die Bayerische Staatsregierung die Kompl-

ziertheit bei der Vogelkartierung übertreiben würde, wahrscheinlich weil Sie gerne noch mehr Windräder in die Vogelzugrouten stellen möchten.

Deshalb meine Frage von Vogelkundler zu Vogelkundler: Welche Kartierungsmethode halten Sie bei Windkraftstandorten für geeignet, vielleicht die Linientaxierung, die Revierkartierung oder die Punkt-Stopp-Methode? Das würde mich bei Ihrer Fachkompetenz einmal interessieren.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Zunächst einmal: Für mich sind Sie kein geschätzter Kollege, um es ganz deutlich und ehrlich zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe trotzdem ganz kurz auf Ihre Frage ein: Wir haben ganz klar gesagt, dass wir in Bayern Vorranggebiete für die Windkraft wollen. Wo wir Vorranggebiete ausweisen, hat die Windkraft dort Vorrang. In anderen Bereichen weisen wir einen dritten Nationalpark aus. Dort hat die Natur Vorrang. Wir brauchen sauberen Strom, um die Erdüberhitzung in den Griff zu bekommen, sonst sterben deutlich mehr Tier- und Pflanzenarten auf diesem Planeten aus.

Ganz kurz zu Ihrer Frage: Man muss nicht bei jeder Kartierung an 18 Tagen in die Fläche laufen. Manchmal reichen vielleicht auch sechs Tage. Hier können wir besser und effizienter werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sagen Sie das den Leuten vor Ort, die das kritisieren!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich Herrn Kollegen Pohl das Wort erteile, eine Bitte: Ich habe das Mikrofon am Rednerpult schon auf maximale Lautstärke aufgedreht. Wenn der Redner oder die Rednerin trotzdem nicht gehört wird, dann ist es hier vielleicht zu laut. Das nur als kleiner Hinweis. – Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich werde mir Gehör verschaffen. – Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Hartmann, ich bin einigermaßen erstaunt. Ich kenne Sie als guten Debattenredner. Vielleicht liegt es an der Fastenzeit, aber heute habe ich nur von Schuld und Sühne gehört. Mit Verlaub, Sie gestatten die Bemerkung, das war nicht geistreich, sondern inhaltlich höchst sparsam.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir zunächst einmal einen Dank an diejenigen, die durch ihren Fleiß, durch ihre unternehmerische Weitsicht und durch ihre Ehrlichkeit Jahr für Jahr dafür sorgen, dass wir immer mehr Steuern einnehmen und Bayern damit gestalten können. Dieser Dank im Namen meiner Fraktion und, so denke ich, im Namen beider Regierungsfractionen und des gesamten Hohen Hauses gilt allen Steuerzahlern im Freistaat. Vielen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der nächste Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, allen voran unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier, aber auch seiner Stellvertreterin Claudia Köhler. Ich denke, wir haben die Haushaltsberatungen sehr zielführend bestritten, natürlich mit unterschiedlichen Akzentuierungen, aber doch in der nötigen Ernsthaftigkeit und Tiefe. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei drei Kollegen bedanken, die aus dem Parlament und aus dem Haushaltsausschuss ausscheiden werden, stellvertretend für alle anderen. Ich beginne in meiner Fraktion mit Herrn Kollegen Gerald Pittner. Aus der CSU-Fraktion möchte ich insbesondere Ernst Weidenbusch nennen und aus der SPD-Fraktion Herrn Kollegen Harald Güller. Ihr, stellvertretend für alle anderen, steht für die exzellente Haushaltspolitik dieses Parlaments über Fraktionsgrenzen hinweg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein letzter Dank gilt natürlich demjenigen, der diesen Haushalt aufgestellt hat, unserem Finanzminister Albert Füracker, dem es wiederum gelungen ist, einen Etat von über 70 Milliarden Euro sehr solide, aber vor allem zukunftsfähig aufzustellen in Zeiten, die schon einfacher waren. Da kann man schon einmal den Vergleich mit Berlin ziehen. Herr Kollege Kreuzer hat eines genannt, was in dieser Ampel besonders schmerzlich ist und besonders schief läuft: Es wurden Sondervermögen angekündigt, zum Beispiel 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Dann hatte die Regierung ein Jahr Zeit, und es ist nichts, aber auch gar nichts geschehen, und das ist nachweisbar. Das tut weh! Das ist schlimm, und das muss sich ganz schnell ändern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur um der Legendenbildung durch die GRÜNEN ein bisschen vorzubeugen: Ich höre immer, die Bundeswehr sei 16 Jahre lang kaputtgespart worden. – Ich bestreite nicht, dass in den 16 Jahren, in denen die CDU/CSU mit unterschiedlichen Partnern regiert hat, mehr hätte passieren können. Aber seien Sie doch bitte ehrlich: Die Zeit unter Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat die Grundlage für die Probleme gelegt, die wir jetzt beklagen. Stehlen Sie sich bitte nicht aus der Verantwortung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt, weil der Finanzminister, die Staatsregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen eines verstanden haben: Das Geld, das wir ausgeben, müssen wir erwirtschaften. Deswegen haben wir insbesondere drei Zukunftshaushalte, nämlich Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Dieser Haushalt zeigt gerade in diesen drei Ressorts wieder eine besondere Weitsicht. Ja, die Einnahmen sind entscheidend. Deswegen ist diese Staatsregierung wie keine andere zuvor bestrebt und erfolgreich dabei, Bayern als Industriestandort Nummer eins in Deutschland und als weltweit führenden Industriestandort zu erhalten.

Die Hightech Agenda, die für dieses Jahr vom Wirtschaftsministerium wiederum mit 300 Millionen Euro ausgestattet wurde, ist dafür ein Paradebeispiel. Das ist genau der entgegengesetzte Entwurf zu der grünen Predigt über Verbot und Verzicht, angefangen von der Ernährung bis zur Automobilindustrie. Sie scheinen jetzt die Kurve zu kriegen, nachdem Sie in Berlin lange genug in der Verantwortung sind, und wenigstens beim Verbrennungsmotor ein Stück weit zur Vernunft zu kommen. Die Automobilindustrie ist eine der wesentlichen Grundlagen des Wohlstands hier in Bayern, einer der wichtigsten Sektoren der Industrie.

Wer weiß, was es heißt, ein deindustrialisiertes Land zu regieren, der weiß wohl, dass man Schwerpunkte setzen muss. Offensichtlich ist die Deindustrialisierung dort, wo Sie politische Verantwortung tragen, noch nicht so weit vorangeschritten, dass Sie es merken. Wir müssen unsere starke Industrie erhalten. Wir müssen global führend bleiben; denn nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auf diese Art und Weise sind wir in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft, zum Beispiel den Klimaschutz, zu meistern. Das schaffen wir nicht mit Verbot und Verzicht, im Gegenteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum sage ich "im Gegenteil"? – Wenn Sie die heimische Wirtschaft und die heimische Industrie schwächen, dann werden sie eben nicht mehr in der Lage sein, die Herausforderungen der Zukunft durch technische Lösungen zu meistern. Genau das ist aber die Aufgabe der Wirtschaft. Klimaschutz schaffen Sie durch technologische Lösungen. Natürlich könnten Sie auch auf die abstruse Idee kommen, zum Beispiel weltweit eine Ein-Kind-Politik zu verordnen. Gott sei Dank sind Sie aber nicht auf der ganzen Welt in politischer Verantwortung. Aber auf dieser Erde, auf der wir jedes Jahr mehr Menschen werden, schaffen wir es nicht ohne technologische Lösungen; denn auch andere Länder dieser Erde, auch Menschen, die auf anderen Kontinenten leben, wollen Wachstum und bessere Lebensverhältnisse und werden deshalb natürlich auch in Zukunft mehr konsumieren, mehr Auto fahren etc. Was bedeutet das? – Meine Damen und Herren, wenn wir uns einschränken und den anderen die Möglichkeit

geben, sich weiterzuentwickeln, wird unsere Bilanz schlechter werden, wenn wir keine technologischen Antworten finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie beklagen in Berlin zu Recht, dass es mit der Rüstungsindustrie nicht wirklich vorangeht, wobei Sie die Verantwortung haben; Sie könnten ja bestellen. Aber vielleicht könnten Sie dabei auch solche unsinnigen Dinge wie die Taxonomie und die Klassifizierung der Rüstungsindustrie als "socially harmful" stoppen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir waren mit dem Haushaltsausschuss in London an der London Stock Exchange. Was hat man uns dort gesagt? – Bringen Sie die deutschen Unternehmen zu uns, wir haben genügend Venture Capital! Wir freuen uns über diese Unternehmen. – In Deutschland werden sie nach wie vor vor unlösbare Herausforderungen gestellt. Vorn herum werden sie hofiert, hinten herum stellt man ihnen mit der Taxonomie ein Bein. So geht es nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind verantwortungsbewusst. Wir in Deutschland sind, was die Steuereinnahmen und die Wirtschaftskraft anbetrifft, führend. Deswegen stehen wir auch dazu, dass wir denjenigen Bundesländern, die nicht auf der Sonnenseite sind, über den Länderfinanzausgleich etwas abgeben. Ich rede jetzt gar nicht so sehr wie der Kollege Kreuzer von der Höhe; man muss aber doch mal das System hinterfragen. Es kann doch nicht sein, dass ein Flächenland wie Bayern die Bundeshauptstadt Berlin alimentieren muss. Das wäre ja genau so, wie wenn der Bayerische Wald die Landeshauptstadt München finanziell unterstützen müsste. Wie absurd ist denn so etwas? Wenn die Metropole nicht selber lebensfähig ist, müssen Sie doch zugeben, dass dort Misswirtschaft betrieben wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will gar nicht darauf eingehen, ob die Klage erfolgreich sein kann oder nicht. Aber wir müssen zumindest ein Zeichen setzen, und zwar ein Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann. Solidarität darf es nämlich nicht nur mit den Schwächeren, sondern muss es auch mit dem Stärkeren geben. Wenn der Stärkere sagt: "Mir wird nur noch in die Tasche gegriffen, um diejenigen zu unterstützen, die nicht willig sind, sich anzustrengen", dann wird der Stärkere irgendwann einmal Konsequenzen ziehen und Konsequenzen ziehen müssen. So geht es nicht. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Meine Damen und Herren, Bayern leistet auch auf anderen Ebenen eine ganze Menge. Ich sage nur – da bin ich wieder beim Wirtschaftsministerium –: gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Das ist den FREIEN WÄHLERN nicht erst, seitdem wir im Parlament sind, sondern war uns schon vorher das wichtigste politische Anliegen. Ich freue mich sehr über die Entwicklung bei unserem Koalitionspartner.

Als wir in diesen Landtag eingezogen sind, gab es noch die Metropolenstrategie von Erwin Huber. Das hat sich in den letzten 15 Jahren – ich sage bewusst nicht "in den letzten 5 Jahren", nein, sondern "in den letzten 15 Jahren" – deutlich verändert. Inzwischen, muss ich sagen, ziehen wir auch auf diesem Gebiet gemeinsam vollständig an einem Strang. Ich freue mich sehr, sagen zu können, dass die Zusammenarbeit in dieser Regierung und in den Regierungsfractionen harmonisch, zielorientiert, verlässlich und erfolgreich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es Ihnen ganz offen: Als wir mit dieser Koalition begonnen haben, hatte ich gedacht, wir werden einiges gemeinsam auf den Weg bringen. Ich hatte aber durchaus auch skeptische Momente. Wir sind jetzt ein halbes Jahr vor einer Landtagswahl, und es läuft. Es läuft harmonisch. Lieber Kollege Zellmeier, bei den Beratungen des Kabinetts mit den haushaltspolitischen Sprechern und den Fraktionsvorsitzenden am

6. November, um diesen Haushalt zu besprechen, gab es kein böses Wort. Wir waren uns in kurzer Zeit über fast alle Fragen einig. Die Fragen, die wir nicht in kurzer Zeit klären konnten, haben wir nach etwas längerer Zeit, aber bei Weitem nicht erst nach 20 Stunden, sondern an einem einzigen Nachmittag geklärt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die in Berlin haben aber in 20 Stunden immer noch nichts geklärt!)

Aber vielleicht ist es ja auch so, dass das wirklich Gute einen halben Tag dauert und dass das, was sich innerhalb von 20 Minuten festfährt, irgendwann einmal heillos zerfällt ist. Ich will jetzt keinen Propheten spielen; aber so ganz harmonisch läuft es in Berlin offenbar nicht.

Ein paar Punkte möchte ich noch nennen, die uns besonders wichtig sind. Wir haben in Bayern auch die Aufgabe, eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Wir reden nicht nur vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern setzen das Gesagte auch um. Ich benutze hier ganz bewusst das Wort "Integration". Auch von denjenigen, die uns nicht sonderlich wohlgesinnt sind, wird uns bescheinigt, dass Bayern in der Integrationspolitik absolute Spitze ist. Das ist ein ressortübergreifendes Thema – aber nicht nur ein Thema der Staatsregierung und der Landtagsfraktionen, sondern insbesondere auch der Kommunen. Für uns zählt es sich aus, dass wir unsere Kommunen stark unterstützen.

Ich nenne als Beispiel meine Heimatstadt Kaufbeuren. Wir haben Mitbürgerinnen und Mitbürger aus über 130 Nationen, die dort friedlich zusammenleben. Das funktioniert gut. In Berlin ist die Zahl der Nationen geringer; aber wenn wir an die Ausschreitungen zu Silvester in Berlin denken, stellen wir fest: In Berlin herrscht das organisierte Chaos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt, Herausforderungen zu meistern. Das kann unsere Regierung. Das können die sie tragenden Fraktionen. Deswegen werden wir den Anschlag von Berlin auf unser Gesundheitssystem meistern. Ja, Herr Lauterbach hat ja die Vorstellung, dass unsere gute Medizin insbesondere in den Universitätskliniken stattfindet. Wir unterstützen diese natürlich auch – denken Sie an das Beispiel Augsburg! Aber uns liegen insbesondere auch die kleinen Krankenhäuser am Herzen, die die Gesundheitsversorgung in Bayern flächendeckend gewährleisten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen, Herr Kollege von Brunn, haben wir 647 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung im Haushalt drin.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, von der die SPD-regierten Länder nur träumen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir stehen auch ohne Wenn und Aber zu unserer heimischen Landwirtschaft als Grundlage einer gesunden, hochwertigen Ernährung, als Grundlage einer echten Landschaftspflege. Landwirte sind Freunde der Natur und nicht, wie manche von Ihnen meinen, die Feinde der Natur oder Umweltverschmutzer; Sie haben ein völlig falsches Bild. Die Landwirte sind Tierfreunde und Landschaftsfreunde; sie sorgen dafür, dass wir eine gesunde, eine ausgewogene, eine bezahlbare, eine gute Ernährung für uns und andere haben. Deshalb gilt mein Dank zum Schluss der Landwirtschaft.

Ich schließe mit den Worten: Dieser Haushalt, den wir in diesen drei Tagen – angefangen mit dem Etat der Staatsregierung – beraten werden, ist wieder einmal mustergültig.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner spricht für die AfD-Fraktion; es ist der Kollege Martin Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welchen Stellenwert gelebter Parlamentarismus für unseren Ministerpräsidenten hat, kann man daran erkennen, dass er heute nicht da ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr keine anderen Themen?)

Liebe Bürger, auch Sie sollten das im Auge behalten. Sich dieser Debatte zu entziehen, ist kein Zeichen von innerer Stärke.

Wir, die Alternative für Deutschland, als einzig wahrnehmbare Oppositionspartei hingegen entfalten Wirkung, besonders was das Ende des nahezu ungehörigen Stellenzubaues in der Staatskanzlei angeht. Die Steigerung von 250 auf 360 Beamtenstellen – 44 wirkungslose Prozent in vier Jahren – war alleine der Hybris des Ministerpräsidenten geschuldet. Schluss damit!

(Beifall bei der AfD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein aufgedunsener Hofstaat bewirkt zwei Dinge: Er macht den Kaiser wichtig und den Bürger arm.

(Beifall bei der AfD)

Es kann dabei nicht alles sein, dem Einhalt zu gebieten: Wir fordern Stellenabbau in der Staatskanzlei und die Verteilung der Stelleninhaber auf Leerstellen anderer Haushalte, idealerweise eine Stellenumsetzung zur Stärkung der bitter notwendigen Innenrevision der Staatsministerien.

Das Alimentationsprinzip für Beamte hat gute Gründe. Sie müssen nur lernen, sorgsam damit umzugehen; denn Siebürden dem Staat damit rechtswirksame Verpflichtungen auf – Verpflichtungen unserer Bürger, die Jahrzehnte in die Zukunft reichen, ohne dass Sie dafür jemals entsprechende Rücklagen bilden müssen. Das ist die Passivseite der Generationenbilanz. Auf der Aktivseite stehen eben nicht Sie; auf der Aktivseite steht die Arbeitskraft unserer Kinder und Enkelkinder, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Weil wir gerade beim Personal sind, dann lassen Sie uns auch über die Beauftragten für Bürgeranliegen und Bürokratieabbau sprechen: ein weiterer Teil des Hofstaats des Ministerpräsidenten – und von ihm vollkommen abhängig. "Staatssekretäre light" hat Aiwanger dazu einmal gesagt, mit erheblicher Eingriffsbefugnis in die Gewaltenteilung. Mit diesen Positionen wird ein Teil der legislativen Kontrolle hier im Freistaat von der exekutiven Macht ausgeübt. Das sind Demokratiedefizite, das kennzeichnet Ihr Demokratieverständnis.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen zur Gänze hinweg mit diesem Haushaltstitel!

An der Stelle ist auch der Hinweis auf die von uns geforderten Einsparungen bei der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung gestattet. Wir fordern stattdessen die Öffnung eines neuen Titels mit dem Zwecke, die Bürger über die rechtswidrigen Ausgangssperren der Staatsregierung aufzuklären. Mit diesen wurden bayerische Bürger in der Corona-Zeit ohne Not gegängelt und ihrer Freiheitsrechte beraubt.

(Beifall bei der AfD)

Dass bayerische Interessen nicht immer schlüssig begründbar sind, belegen folgende Kritikpunkte: Alleine aus diesem Haushaltsplan sollen 12 Millionen Euro Steuergelder in zweifelhafte entwicklungspolitische Projekte investiert werden. – Wir sagen: Die ein-

zige akzeptable Entwicklung ist diejenige von stabilen Abschiebungskonzepten. Das wichtigste Projekt für unsere Bürger ist der Schutz vor ungezügelter Massenmigration mit all den daran hängenden Verheerungen. Exakt dort sind die frei werdenden Mittel dieses Titels auch einzusetzen.

Ähnlich wichtig ist das Auf-Null-Reduzieren des Eine-Welt-Promotorinnenprogramms –
– Okay, da fehlt ein Stern; das habe ich jetzt falsch gegendert. Ich bitte, das zu verzeihen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oje!)

Des Eine-Welt-Promotor*innenprogramms für fairen Handel. – Kleinvieh zwar, aber trotzdem verdammter Mist!

(Beifall bei der AfD)

Fairness und Verständigung kommt auch nicht mit den von den GRÜN*innen geforderten Haushaltsmitteln für kostenlose Interrailtickets. Erstens. Benzingutscheine wären für unsere Mädels wesentlich sicherer; denn dann sparten sie sich die anzüglichen Blicke diverser Kulturbereicherer in unseren Zügen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN: Pfui!)

Zweitens. Unsere Jugend soll bitte unsere Kultur zwischen Berchtesgaden und Ostsee-Bodden erkunden; dafür langt das 49-Euro-Ticket allemal.

(Beifall bei der AfD)

In der Höhe auch trivial, aber durchaus spannend ist der FREIE-WÄHLER-Antrag, die Fördergelder der Akademie für Neue Medien in Kulmbach zu erhöhen. – Sieht nach Wahlkampfunterstützung für Rainer Ludwig aus. Lieber Rainer, mal unter uns: Eine Handvoll Bratwurstmarken auf der Kulmbacher Bierwoche verteilt, hätte mehr Stimmen gebracht und die Staatskasse entlastet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oje! – Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Dass selbst von der CSU ein einsamer, aber sinnvoller Antrag kommen kann, zeigt die Forderung nach einem Zuschuss an die Gebirgsschützen. Ausgehend davon, dass 50 % der Kameraden sowieso AfD-Wähler sind, sage ich einfach mal: Danke dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Beifall bei der AfD)

Wir freuen uns, dass es endlich ein angemessenes Dokumentationszentrum für die Verteidiger unserer bayerischen Volkskultur geben wird.

Zudem ist es gewiss keine Lobhudelei, wenn ich als Medienrat unserer Fraktion den CSU-Antrag zur Erhöhung lokaler und regionaler Fernsehangebote zumindest leicht positiv beurteile. Die Privaten werden zumindest einen kleinen Beitrag zu der Meinungsvielfalt leisten, die beim Staatsfunk gerade unter der Knute der Staatsräson verkümmert. Die Förderung der Privaten beträgt übrigens genau 1 % dessen, was die Öffentlichen erhalten. Vergleichsmaßstab bei der Berechnung ist der alleine auf Bayern entfallende 1,3-Milliarden-Anteil der jährlich eingetriebenen Zwangsgebühren.

Ich mag schlussendlich noch auf einen Titel eingehen, der mich seit einer Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im Januar besonders bewegt. Dort konnte uns die Büroleiterin des bayerischen Afrikabüros von schlicht gar nichts berichten, zumindest von keinerlei Aktivitäten, die in irgendeiner Weise geeignet wären, die bayerische Wirtschaft zu stärken, zu fördern oder bayerische Interessen nach vorne zu transportieren. – Dieses Büro ist seit 2019 dreierlei: ein sinnbefreites Wagnis unseres Ministerpräsidenten auf der Weltbühne; ein Stuhlkreis für Rooibostee schlürfende NGOs und – schlussendlich und am schlimmsten – ein Grab für jährlich eine halbe Million Euro bayerischer Steuergelder.

Wir lehnen aus diesem und den anderen vorgetragenen Gründen den Einzelplan 02 zur Gänze ab. Unserem Antrag – Einzelabstimmung – auf Drucksache 18/27099 stimmen wir selbstverständlich zu, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind als letzte Oppositionskraft auch und besonders in Haushaltsfragen Auge und Ohr der bayerischen Bürger. Wir als Freiheitspartei sind uns nicht zu schade, die Repressionen der Regierung zu erdulden, um unseren Auftrag zu erfüllen, der da lautet: Unser Land zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Bayern hatte früher Politiker, die uns nach vorne gebracht haben,

(Ulrich Singer (AfD): Sagt der Richtige!)

zum Beispiel Wilhelm Hoegner, der unsere Bayerische Verfassung geschrieben hat, oder Alfons Goppel, der die Industrialisierung in Bayern vorangebracht hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ludwig II.!)

Heute machen sich die Menschen in Bayern Sorgen um unsere Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Bei meinen vielen Gesprächen werden immer wieder Fragen und Zweifel laut.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glaube ich gern!)

Die Menschen wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen, ob sie überhaupt eine bezahlbare Wohnung bekommen. Wenn es um Energie geht, dann verstehen sie nicht, warum es in Bayern nicht vorangeht. Sie haben Sorge um ihre Arbeitsplätze, weil

die Energieversorgung für die Unternehmen nicht gesichert ist. Die Menschen in Bayern wollen nichts über Winnetou hören, sie wollen bezahlbare Wohnungen, und sie wollen, dass wir für bezahlbare Energie sorgen, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle essen gern und gut in Bayern. Aber die Situation ist schwierig mit Energiepreisen und Inflation. Auch in Bayern wissen viele Menschen nicht, wie sie die Einkäufe für die Familie an der Supermarktkasse bezahlen sollen. Ich frage mich, wie wirkt das, wenn dann Herr Söder ständig Fotos von seinem üppigen Essen auf Instagram postet? Was denken die Menschen bei solchen Bildern?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh nein!)

Die Menschen wollen, dass wir uns um sie kümmern, um ihre Probleme, nicht um uns selbst.

(Unruhe bei der CSU)

Sie wollen bezahlbare Energie und bezahlbare Mieten, sie wollen gute Krankenhäuser, ein günstiges Ticket für den öffentlichen Verkehr und gute Schulen mit Ganztag und Essen für ihre Kinder.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Singer (AfD): Schämen Sie sich! Ihre Ampel macht doch Deutschland kaputt!)

Bevor Sie wieder mit dem Finger nach Berlin zeigen: Für all das können wir hier in Bayern sorgen. Wir müssen es nur machen. Egal mit wem ich in welchem Teil Bayerns rede: Die Menschen wollen sich nicht mehr mit Show und Sprüchen abspeisen lassen. Sie wollen, dass gemacht wird, dass ihre Probleme gelöst werden, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Niemand versteht beispielsweise das mit den Wohnungen. Markus Söder hat als Finanzminister 33.000 bezahlbare Landesbankwohnungen verkauft. Jetzt wäre es normal und angebracht, diesen Fehler wiedergutzumachen. Dafür ist dann auch mit großem Tamtam die BayernHeim gegründet worden. Wenn ich mich richtig erinnere, sollte die laut Markus Söder bis 2020 schon 2.000 neue Wohnungen bauen. Bis heute hat sie gerade einmal 234 Wohnungen gekauft. Sie hat keine einzige selbst gebaut. Ich habe dann bei Ihnen noch einmal nachgefragt: Wie viele Wohnungen werden denn durch die BayernHeim in diesem Jahr fertig? – 89 Wohnungen. 89 Wohnungen werden in diesem Jahr fertig. Das heißt, die BayernHeim hat in fünf Jahren 89 Wohnungen selbst gebaut. Sie merken selbst, dass das ein ziemlich großer Widerspruch ist zwischen Reden und Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich finde, wenn man Fehler ausbügeln will, dann muss man machen. Man kann Fehler nicht wegreden; das funktioniert leider nicht. Die Menschen in Bayern merken das nämlich, zum Beispiel dann, wenn sie immer mehr Miete bezahlen müssen oder für ihre Familie keine Wohnung finden, weil die Wohnungen zu teuer sind. Das mit dem Machen funktioniert übrigens. München mit Oberbürgermeister Dieter Reiter baut jedes Jahr 1.200 bezahlbare städtische Wohnungen. Das ist der Unterschied zwischen machen und södern, verehrte Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Es ist ja schön, dass Sie jetzt neue Initiativen angekündigt haben. Ich bin weit davon entfernt, gute Absichten zu verurteilen. Erlauben Sie mir aber die Frage, verehrte Damen und Herren von der CSU: Warum haben Sie das nicht schon längst alles gemacht? Die Hütte brennt nicht erst seit gestern. Bevor jetzt wieder nur angekündigt wird, lassen Sie doch die ran, die es können, im Interesse der Menschen. Wir wissen, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Wohnungen bauen können.

Warum haben die nicht längst die Flächen vom Freistaat für den Wohnungsbau bekommen?

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD, wollen jedenfalls die Wohnbauförderung in Bayern kräftig erhöhen. Wir wollen eine ehrliche bayerische Wohnungsmilliarde, damit unsere Städte und Gemeinden viele bezahlbare Wohnungen bauen können für die Menschen in Bayern.

Bezahlbares Wohnen ist wichtig, aber natürlich auch bezahlbare Energie, und zwar für die Menschen und für die Unternehmen. Bayern wäre ohne sichere und bezahlbare Energieversorgung nie so ein erfolgreiches Industrieland geworden. Den Grundstein dafür hat übrigens der geniale Ingenieur Oskar von Miller gelegt, schon vor über hundert Jahren. Er hat den Ausbau der Wasserkraft in Bayern vorangebracht, er hat für den Bau des Walchenseekraftwerks gesorgt, und er hat das Bayernwerk gegründet. Das war im Übrigen lange, bevor es die CSU überhaupt gab. Das sage ich nur, damit sich hier niemand mit falschen Federn schmückt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer hat wie viel Prozent zurzeit?)

Oskar von Miller war ein echter Macher. Bayern war durch ihn in der Energiepolitik an der Spitze des Fortschritts. Vor diesem Hintergrund versteht man umso weniger, was im Moment in Bayern passiert, warum das Thema Energie bei uns so verschlafen und an die Wand gefahren wurde. Viele Menschen, mit denen ich rede, sagen, es war ein Fehler, dass Stoiber und die CSU das Bayernwerk privatisiert haben. Aber noch unverständlicher ist, dass es danach so weiterging, verehrte Damen und Herren! 2011, nach dem Atomunfall von Fukushima, haben sich alle Parteien entschieden, aus der Atomkraft auszusteigen. Wenn man aber aus der Atomkraft aussteigen will, dann muss man für Ersatz sorgen, weil der Strom nicht einfach aus der Steckdose kommt. Man kann ihn auch nicht durch Posten auf Instagram oder Twitter gewinnen. Das erzeugt keinen Strom, das verbraucht nur Energie, verehrte Damen und Herren. Strom muss man produzieren. Deshalb kann wirklich niemand verstehen, warum zwölf Jahre

nach dem Atomausstieg immer noch nicht genügend bezahlbarer und sauberer Strom in Bayern produziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wissen die Menschen, womit das zusammenhängt, und zwar mit Ihrem Windkraftstopp 10 H. Es ist auch offensichtlich, dass andere Bundesländer viel weiter sind. Brandenburg ist halb so groß wie Bayern und hat dreimal so viele Windräder, über 3.900 Windräder, Bayern hat nur 1.300. Die Menschen erwarten jetzt zu Recht, dass entschlossen gehandelt wird. Aber wir haben immer noch nicht genug getan. Brandenburg hat im letzten Jahr fast 100 neue Windräder gebaut. In Bayern waren es nur 14. Das ist viel zu wenig. Dabei ist Windenergie enorm günstig. Damit kann man bezahlbaren und sauberen Strom produzieren, und zwar ohne Atommüll und ohne die Gefahr eines Atomunfalls.

(Beifall bei der SPD)

Was aber die Windblockade der CSU doppelt schlimm gemacht hat, ist die Tatsache, dass von Ihnen auch die Stromautobahnen lange verzögert und blockiert wurden. Das sagt übrigens auch die Wirtschaft, das sagen energieintensive Unternehmen. Die Entscheider dort nehmen kein Blatt vor den Mund, sie sagen: Das war ein Riesenfehler, und das gefährdet Arbeitsplätze in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Problem betrifft übrigens nicht nur die großen Stromautobahnen, es betrifft auch die Verteilnetze in Bayern. Wir können den Strom aus der Photovoltaik im Sommer oft gar nicht mehr einspeisen. Die Sonne liefert ohnehin weniger als der Wind. Sie hat nur halb so viele Volllaststunden wie die Windkraft in Bayern. Sie liefert eben nicht in der Nacht, und sie liefert auch nur wenig im Winter. Aber wir verschenken dann noch diesen günstigen Strom wegen fehlender Leitungen und fehlender Energiespeicher. Das kostet uns Milliarden. Milliarden! Im letzten Jahr haben die Stromkunden für

die Netzstabilisierung zwei Milliarden Euro in Deutschland bezahlen müssen. Wir müssen das Abriegeln nämlich bezahlen. Manche Prognosen gehen für die Zukunft sogar von fünf und sechs Milliarden Euro pro Jahr aus. Das ist Wahnsinn!

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Die Situation bei der Geothermie ist ähnlich bescheiden. Wir haben ein riesiges Potenzial in Bayern. Wir könnten mindestens 40 % unseres Wärmebedarfs damit decken. Gemeinden wie Unterhaching nutzen das seit 20 Jahren. Es gab aber nie einen Plan, das bayernweit entschlossen voranzubringen. Auch jetzt sind nur ein paar lächerliche Millionen im Haushalt dafür vorgesehen. Die reichen höchstens für eine Bohrung. Das versteht niemand mehr. Wir haben alle Möglichkeiten, wir haben riesige Potenziale, wir könnten ganz an der Spitze des Fortschritts stehen, aber wir verschenken das, weil es ideologische Blockaden gibt, weil planlos vor sich hin gewurstelt wird, weil nur geredet wird, statt zu handeln, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die Blockaden sind doch woanders!)

Wir brauchen etwas anderes. Wir müssen in Bayern wieder den Mut und die Entschlossenheit für einen wirklich großen Wurf haben. Wir müssen alle Register ziehen, damit Energie bezahlbar ist. Es reicht nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, und es ist keine seriöse Politik, mit dem Finger immer nur nach Berlin zu zeigen und zu warten, was von der Bundesregierung kommt. Wir müssen in Bayern selbst etwas machen; das erwarten die Menschen von uns.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die notwendige Modernisierung von Heizungen. Deswegen schlagen wir, die SPD, vor, 100 Millionen Euro für die Erneuerung von Heizungsanlagen bereitzustellen für die Menschen, die jetzt ihre Heizungen austauschen müssen. Wir wollen das 10.000-Häuser-Programm für erneuerbare Energien ausweiten, und wir wollen die

Förderung für Geothermie massiv erhöhen. Das alles wollen wir unter der Überschrift: Wir wollen etwas für die Menschen machen, wir wollen den Weg freimachen für bezahlbare und saubere Energie für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes, ein wichtiges soziales Thema sind gute Krankenhäuser in Bayern, gerade auch im ländlichen Raum.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir alle wissen, dass viele Krankenhäuser Probleme haben. Es fehlen Geld und Pflegekräfte. Viele Kliniken stehen jetzt schon mit dem Rücken zur Wand. Die Menschen in Bayern brauchen aber eine gute Krankenhausversorgung. Ich stelle bei meinen Gesprächen fest: Alle wissen, dass wir eine Reform brauchen. Es gibt dazu keine Alternative.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wer diese Reform jetzt hintertreibt, der gefährdet eine gute medizinische Versorgung; denn dann werden viele Krankenhäuser in Bayern einfach pleitegehen.

(Lebhafter Beifall der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es! Genau so ist es! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem ist doch eines klar, und wir packen das an: Wir müssen weg von den rein wirtschaftlichen Kriterien. Wir müssen den Kliniken die Vorhaltung ihrer Einrichtung bezahlen, und wir müssen eine gute Pflege finanzieren. Dafür gibt es eine klare Aufteilung: Der Bund zahlt die laufenden Kosten, und die Bundesländer sind für die Investitionen und für die Krankenhausplanung zuständig. In unserem Fall ist das also der Freistaat Bayern. Auch hier gilt wieder eines: Mit dem Finger nach Berlin zu zeigen und zu streiten, bringt uns nicht weiter. Das hilft den Menschen in Bayern überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Machen Sie Ihre Hausaufgaben!)

– Herr Pohl, Bund und Länder treffen sich jede Woche auf Arbeitsebene. Das sind Mitarbeiter der Gesundheitsministerien. Die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder treffen sich jeden Monat. Da wird immer über die Reform geredet. Die ist auch nicht in Stein gemeißelt. Dazu kann man Vorschläge machen; aber falsch ist es, überhaupt keine Vorschläge zu machen und nur zu schimpfen und zu kritisieren. Das hilft den Menschen bei uns im Freistaat überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen, dass wir in Bayern selbst handeln. Wir wollen deutlich mehr Geld für die Krankenhäuser in Bayern zur Verfügung stellen, weil das den Menschen hier zugutekommt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, dann macht's!)

Wir wollen jedes Jahr eine Milliarde Euro in eine moderne medizinische Ausstattung, in Wärmedämmung und Photovoltaik, in gute bayerische Kliniken investieren. Dann können die Krankenhäuser Energiekosten sparen. Das Geld kommt nämlich den Patienten zugute. Wir wollen vor allem Werkswohnungen für Pflegekräfte finanzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das machen Sie nicht. Wir wollen das, weil das den Job attraktiver macht. Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Bayern wollen unsere Hausaufgaben machen und uns konstruktiv bei der Gestaltung der Reform einbringen. Nur das hilft den Menschen in Bayern und vor allem den Patientinnen und Patienten. Daueropposition und -wahlkampf von Ihrer Seite hilft ihnen nicht.

(Beifall bei der SPD)

In vielen anderen Bereichen können wir für die Menschen in Bayern mehr tun. Wir treten als SPD für ein günstiges Ticket im öffentlichen Verkehr für Ältere und Jüngere, für Menschen mit niedrigem Einkommen ein. Als Ergänzung zum 49-Euro-Ticket wollen wir ein 29-Euro-Ticket für diese Menschen. Wir wollen den öffentlichen Verkehr ausbauen, mehr Bahnstrecken wieder in Betrieb nehmen und mehr Busse finanzieren, damit alle etwas von den günstigen Fahrpreisen haben. Gute Politik für die Zukunft sorgt auch für einen gut ausgebauten und bezahlbaren öffentlichen Verkehr überall in Bayern, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Dann lassen Sie mich noch ein letztes Thema ansprechen: Das betrifft die Familien, vor allem die Kinder und Jugendlichen in Bayern. Ich finde, sie haben gerade nach Corona gute Schulen mit genügend Lehrerinnen und Lehrern verdient, in denen alle Kinder gut gefördert werden, sodass teure Nachhilfe überflüssig ist, verehrte Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD)

Jeder weiß aber: Schon wieder gibt es Lehrermangel und Unterrichtsausfälle. Besonders stark sind die Mittel- und Förderschulen betroffen. Für diese sagen die Prognosen auch für die nächsten Jahre keine Verbesserung voraus. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann müssen die Kinder und Jugendlichen dort die Suppe auslöffeln.

Was zu tun ist, ist klar: Wir brauchen mehr Studienplätze für das Lehramt; denn ohne genügend Lehrerinnen und Lehrer gibt es keine guten Schulen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen durch ein gleiches Einstiegsgehalt. Darüber besteht, Gott sei Dank, Konsens. Das ist auch gut so. Wir brauchen mehr Verwal-

tungskräfte, damit sich die Lehrkräfte um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können, nämlich um die Kinder. Wenn wir das alles noch durch ein paar andere sinnvolle Maßnahmen ersetzen, sind wir auf einem guten Weg. Das ist uns als SPD wichtig; denn gerade bei der Bildung geht es um Zukunftschancen und um Gerechtigkeit für die Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Damen und Herren, all diese Themen sind für die Menschen in Bayern und für eine gute Zukunft im Freistaat wichtig. Das muss jetzt angepackt werden; aber das wird nicht durch neue Ankündigungen nach Ihren Kabinettsitzungen passieren. Das wird auch nicht durch noch mehr Pressesprecher und Social-Media-Berater in der Staatskanzlei besser. Die Menschen in Bayern erwarten etwas anderes. Sie wollen, dass wir handeln, statt zu reden, machen, statt nur zu södern. Dafür stehen wir als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn, bleiben Sie noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, seinerzeit 33.000 Wohnungen zu verkaufen, war gewiss unschön. Allerdings sind Ihre Kryptokommunisten in Berlin mittels des abstrusen Gebäudeenergiegesetzes gerade dabei, drei Millionen alte Menschen aus ihren Häusern und ihren Wohnungen zu vertreiben. Das ist Sozialismus nach von Brunn und nach Scholz. Überlegen Sie, ob Sie das, was Sie da veranstalten, dem Bürger gegenüber verantworten können.

Florian von Brunn (SPD): Herr Böhm, ich weiß nicht, was Sie mit Kryptokommunisten meinen. Ich kenne nur Kryptofaschisten. Wir wollen dafür sorgen, dass die möglichst bald wieder aus dem Bayerischen Landtag rauskommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die letzte Haushaltsberatung in der laufenden Legislaturperiode. Das wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, sich mit dem Ministerpräsidenten auch über die Bilanz der vergangenen viereinhalb Jahre auszutauschen. Schade ist, dass er auch diese Gelegenheit heute wieder nicht ergreift. Schon beim letzten Mal hat er bei der Generaldebatte durch Abwesenheit gegläntzt. Offenbar hat er die Lust an der Landespolitik dauerhaft verloren.

(Beifall bei der FDP)

Seit viereinhalb Jahren wird Bayern schwarz-orange regiert. Als Sie begonnen haben zu regieren, haben Sie einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem stand:

CSU und FREIE WÄHLER finden eine positive Ausgangslage vor. Bayern geht es gut.

So lautete die zutreffende Zustandsbeschreibung im Jahr 2018. Weiter geht es:

Aus dieser Position der Stärke heraus werden wir die Fragen der Zukunft angehen und Probleme lösen. [...]

Am Ende dieser Amtsperiode soll es dem Land noch besser gehen als heute.

Meine Damen und Herren, wir stellen heute, 2023, zum Ende der Legislaturperiode fest: Die bittere Wahrheit ist, Sie haben die Fragen der Zukunft nicht angepackt. Sie haben die Probleme des Landes nicht gelöst. Bayern geht es heute nicht besser als 2018.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil wir Corona und den Ukraine-Krieg erfunden haben? – Ist das absurd!)

Im Gegenteil, Bayern geht es heute in fast allen Bereichen schlechter als zu Beginn der Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP)

Gehen wir doch die Punkte durch: Ist beim Thema Unterrichtsausfall irgendetwas besser geworden? – Nein, schlechter ist es geworden. Der BLLV beklagt 4.000 fehlende Lehrkräfte an Bayerns Grund-, Mittel- und Förderschulen. Die Präsidentin Simone Fleischmann schreibt:

Es fällt Unterricht aus. Es werden Stunden gestrichen. Kinder werden eher nach Hause geschickt. Hinten und vorne reichen uns die Lehrkräfte nicht für die Regel-Angebote, geschweige denn für Angebote, die nach dieser anstrengenden Corona-Zeit dringend notwendig wären.

Meine Damen und Herren, das ist die Bilanz von viereinhalb Jahren schwarz-oranger Regierung in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns die Lage eine Stufe darunter an: Wie steht es denn um die Kleinsten? Wie sieht es bei den Kitas aus? Ist da der Mangel kleiner geworden? Ist es besser geworden? – Meine Damen und Herren, nein, auch hier hat es sich verschlimmert. Mir schrieb gestern eine Mutter, dass sie wegen des Erziehermangels jetzt ihren Job aufgeben musste. Ich zitiere aus der E-Mail:

Die Kita-Gruppe hat nur noch drei Tage die Woche offen, von 8:00 bis 12:00 Uhr. Generell wurden die Öffnungszeiten radikal gekürzt. Eltern springen inzwischen ein, um weitere Schließungen zu verhindern. Jeden Morgen zittern wir, ob wir an diesem Tag wohl eine Betreuung für unsere Tochter haben oder nicht. –

Der extreme Personalmangel hat für die Kinder und die Eltern zu einer unerträglichen Situation geführt. Auch das gehört zur Bilanz der viereinhalb Jahre schwarz-oranger Regierung in Bayern.

Schauen wir uns den Wohnungsmangel an. Ist der besser geworden? – Nein, auch der ist schlimmer geworden. Die BayernHeim, Markus Söders Prestigeprojekt, ist ein teurer Rohrkrepierer. 10.000 neue Wohnungen haben Sie versprochen, keine einzige wurde gebaut. Stand 2023 hat die BayernHeim 234 Wohnungen im Bestand, allesamt gekauft. Das heißt: Sie haben Wohnraum, der ohnehin vorhanden wäre, einfach aufgekauft. Wohnungen haben den Besitzer gewechselt. So entsteht kein neuer Wohnraum. Auch das gehört zur Bilanz der viereinhalb Jahre schwarz-oranger Regierung.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Blick auf die Energieversorgung werfen, stellen wir auch da fest: Bayern muss heute nicht weniger, sondern mehr Strom importieren als 2018. Die Redispatchkosten steigen immer weiter. Das liegt vor allem daran, dass CSU und FREIE WÄHLER jahrelang den Netzausbau blockiert haben. Der jahrelange Kampf gegen die von Ihnen, sowohl von der CSU als auch von den FREIEN WÄHLERN, als Monstertrassen betitelten HGÜ-Leitungen war ein Anschlag auf die industrielle Substanz unseres Landes. Bayern als Wirtschaftsstandort wurde in den letzten viereinhalb Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Auch das ist Teil Ihrer Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir den Fachkräftemangel an: Auch der ist schlimmer geworden. Bayern fehlen über alle Branchen hinweg rund eine Viertel Million Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen. Nun ist das in der Tat kein exklusives Problem des Freistaats Bayern; wenn dann aber die Ampel-Bundesregierung sich darum bemüht, endlich mit einem modernen Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild hier Abhilfe zu schaffen, dann kommt der Wirtschaftsminister Aiwanger und erklärt im Bayerischen Rundfunk, die Ampel-Regierung würde zu viele Zuwanderer ins Land holen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, hier regiert der Wirtschaftsminister eindeutig an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns den Länderfinanzausgleich an: Wie sah es da 2018 und wie sieht es heute aus? –2018 hat Bayern 50 % weniger eingezahlt als heute bzw. umgekehrt zahlt Bayern heute fast 50 % mehr ein als 2018. Bayern zahlt heute doppelt so viel ein wie 2013, also vor zehn Jahren. Sie haben die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs 2016 hier in diesem Haus noch als großen Wurf und große Reform verkauft, und Horst Seehofer hat sich gerühmt, dass die CSU mit dem damaligen Finanzminister Markus Söder federführend bei den Verhandlungen gewesen sei. Das Ergebnis lautet: Es fließt nicht weniger Geld aus Bayern in andere Bundesländer ab, sondern mehr Geld als je zuvor! Dies ist das Ergebnis Ihrer Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Versorgung mit Gigabit-Internet hat Bayern im bundesweiten Vergleich in den letzten fünf Jahren nicht aufgeholt, sondern es ist zurückgefallen. Wir wurden von anderen Ländern überholt.

Zum Stichwort Verkehrsinfrastrukturprojekte, meine Damen und Herren: Die zweite Stammstrecke in München, dieses Jahrhundertprojekt, entwickelt sich zu einem Jahrhundertdebakel. Dagegen war der Bau des Berliner Flughafens eine baupolitische Glanzleistung!

(Heiterkeit bei der FDP – Zurufe)

Die zweite Stammstrecke sollte 2026 in Betrieb gehen. Es wird mindestens zehn Jahre länger dauern, meine Damen und Herren. Die Kosten haben sich inzwischen vervielfacht. Man liest allein in den letzten sieben Tagen fast täglich neue Zahlen in den

Medien: 7 Milliarden Euro, 8 Milliarden Euro, zuletzt las ich von 14 Milliarden Euro! Das ist die Zahl, die ein Abgeordneter der CSU für sich ausgerechnet hat. Das entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden, meine Damen und Herren, und all die Mittel, die in dieses Milliardengrab fließen, fehlen für Infrastrukturprojekte in anderen Landesteilen. Auch das ist die Bilanz von viereinhalb Jahren schwarz-oranger Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das Schlimmste an der Stammstrecke ist, dass Sie seit drei Jahren Bescheid wissen und das Ganze zweieinhalb Jahre lang unter den Teppich gekehrt haben, statt zu handeln! Sie haben die Anregungen der damaligen Bauministerin in der Staatskanzlei, jetzt tätig zu werden, ignoriert und haben sie stattdessen in eine Schublade gelegt – in der Staatskanzlei nennt man das "dilatorisch behandelt" –, weil es, so der Vermerk in der Staatskanzlei, schädlich für den Wahlkampf sein könnte. Die Staatskanzlei hat also parteitaktische Erwägungen der CSU höher gewichtet als das Wohl der Bürger. Dies ist ein handfester Skandal, den der Untersuchungsausschuss aufarbeiten wird, meine Damen und Herren!

(Zuruf: So ist es! – Beifall bei der FDP)

Sie sehen: Egal welchen Bereich wir betrachten, Bayern geht es nicht besser, wie Sie es versprochen haben, sondern Bayern geht es schlechter als vor fünf Jahren. Die amtierende Staatsregierung hat das Land in einem guten Zustand übernommen, und sie wird es dem nächsten Kabinett, wenn in den nächsten sechs Monaten kein Wunder geschieht, in einem schlechteren Zustand übergeben. Sie hat die bestehenden Probleme nicht gelöst, sondern verschärft, und sie hat nichts dafür getan, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

(Zuruf)

Anstatt die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und die Probleme der Vergangenheit zu lösen, betreiben Sie seit eineinhalb Jahren nur Ampel-Bashing, meine

Damen und Herren. Leider war auch heute wieder die Rede, die Sie, Herr Kreuzer, sozusagen stellvertretend für den Ministerpräsidenten, um dessen Teilhaushalt es eigentlich geht, gehalten haben, von Bundespolitik geprägt. Wir sprechen hier über den Haushalt des Geschäftsbereichs des Ministerpräsidenten, und Sie sprechen überwiegend über die Bundespolitik und bashen die Ampel. Dies passt ins Bild; denn in den Berichten der Kabinettsitzungen wurde das Wort "Bund" im Jahr vor dem Amtsantritt der Ampel durchschnittlich 3,1 Mal genannt, im Jahr nach dem Amtsantritt der Ampel 11,5 Mal! Das heißt, die Staatsregierung beschäftigt sich seit Dezember 2021 viermal so häufig mit dem Bund wie zuvor, und sie vernachlässigt die Arbeit hier im Freistaat Bayern.

(Tobias Reiß (CSU): Die Bundesregierung ist aber auch viermal so schlecht! – Beifall bei der FDP)

Sie betreibt diese Beschäftigung mit der Politik des Bundes vor allem mit Halb- und Unwahrheiten. Sehen wir uns einmal die Twitter-Beiträge des Ministerpräsidenten aus den vergangenen Wochen an, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident schreibt auf Twitter, die FDP habe die Erbschaftsteuer erhöht. – Fake News, meine Damen und Herren! Die Wahrheit ist, die Höhe der Erbschaftsteuer ist unangetastet. Geändert wurde das Verfahren zur Immobilienwertermittlung. Wer hat das geändert? – Die Vorgängerregierung! Federführend war Horst Seehofer, Ihr Parteifreund, nicht meiner.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Markus Söder schreibt auf Twitter, die Ampel verordne das Gendern und bestimmte Ernährungsweisen. – Fake News, meine Damen und Herren! Das ist frei erfunden. Sie können sprechen, wie Sie wollen, und Sie können essen, was Sie wollen. Es ist frei erfunden, dass die Ampel hier irgendetwas vorgibt.

Markus Söder schreibt auf Twitter – er teilt einen Post des Generalsekretärs Martin Huber –, der Länderfinanzausgleich sei ein von der Ampel gegen Bayern gerichtetes

Projekt. – Fake News, meine Damen und Herren! Der Länderfinanzausgleich hat mit der Ampel überhaupt nichts zu tun. Ich habe Ihnen gerade dargelegt: Sie haben sich gerühmt, ihn selbst ausgehandelt zu haben.

Markus Söder schreibt auf Twitter, der Süden solle beim Netzausbau abgehängt werden. – Fake News! Eine komplette Verdrehung der Tatsachen. Sie haben den Netzausbau jahrelang behindert, meine Damen und Herren. Sie haben in der Energiepolitik Mist gebaut, und das jetzt der Ampel anzuhängen, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Markus Söder schreibt auf Twitter, die Ampel wolle E-Fuels und Verbrennermotoren verbieten. – Fake News! Das Gegenteil ist der Fall. E-Fuels waren bisher in Reinform nicht zugelassen. Die Ampel hat sie überhaupt erst zugelassen. Die Ampel hat auch dafür gesorgt, dass wir jetzt auf EU-Ebene eine Ausnahme für synthetische Kraftstoffe beim Verbrennerverbot erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Halb- und Unwahrheiten! Der Gipfel war heute in der Rede des Kollegen Kreuzer, als er sagte, Christian Lindner nehme so viele Schulden auf, und die FDP solle sich dafür schämen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Christian Lindner nimmt Kredite auf, weil wir die Bundeswehr, die Sie 16 Jahre lang ruiniert haben, in die Lage versetzen wollen, wieder ihrem Auftrag gerecht zu werden!

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was habt ihr denn investiert in die Bundeswehr?)

Christian Lindner nimmt Kredite auf, weil die Ampel unser Land gut durch eine Energiekrise geführt hat und weil wir durch die Entlastung der Bürger sowie durch die Strom- und Gaspreisbremse Insolvenzen verhindert und soziale Härten abgefedert haben. Ich stelle fest, die CSU ist gegen die Bundeswehr und gegen die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in der Energiekrise, sonst würden Sie so etwas nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Wir schämen uns nicht, sondern wir sind stolz auf das, was dort geleistet wurde.

Meine Damen und Herren, ich habe heute einen Post aus der Kabinetts-PK – Herr Deutschländer hat es heute getwittert – gelesen, Markus Söder ruft jetzt dazu auf, im Wahlkampf kein Negative Campaigning zu betreiben. Er hat für die Koalition angekündigt, das Motto sei "Fairness statt Fake News", und er hat erklärt: "Wer ständig Schmutz auf andere wirft, kann selbst schnell zu riechen beginnen." Markus Söder weiß, wovon er spricht, meine Damen und Herren. Höchste Zeit für eine gründliche Dusche!

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN – Heiterkeit der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Wir begrüßen es, wenn diese Worte ernst gemeint sind. Wenn dies eine ernst gemeinte Selbstkritik ist, begrüßen wir das. Kehren Sie um, wenden Sie sich vom Populismus ab und der Seriosität zu! Wenden Sie sich vom Destruktiven ab und hin zum Konstruktiven! Kümmern wir uns gemeinsam um das, was wichtig ist, nämlich um die Zukunft unseres schönen Bayerns! Sorgen wir dafür, dass wir unser Bayern nach fünf Jahren zwischen Stagnation und Niedergang wieder zum Besseren gestalten können! Die FDP ist dazu bereit.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Aber nicht fähig, Herr Kollege!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat für vier Minuten der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Bürger, hohes Haus! Wenn Herr Dr. Söder und seine Minister durch das Bayernland reisen, hören wir, die Bürger, deren kurzweilige Erzählung, uns ginge es doch noch gut und wir lebten im fortschrittlichsten Bayern, das es je gegeben hat; alle anderen wollten am liebsten auch in Bayern leben, unsere Bevölkerung wächst. – Das ist zwar stets exzellent vorgetragen, aber nur die halbe Wahrheit. Nein, die CSU tut Bayern nicht so gut. Im Gegenteil, sie bringt viele Bayern in Wut und Rage. Die rückläufige Wahlbeteiligung und die Wählerstimmenverluste der CSU sind nur ein Indiz dafür.

Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, sieht die tiefen Furchen im Gesicht Bayerns, sieht in vielen Dörfern Leerstände, spürt die kaputten Straßen und erkennt die Zersiedelung unserer Kulturlandschaft. Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiete fressen sich in das offene Land hinein, und in den Städten machen sich Verwahrlosungstendenzen breit. Bayern befindet sich im Abschwung! Die Deindustrialisierung, ja die Industrieflucht bringt auch bei uns eine Reduktion der Wirtschaftsleistung mit Arbeitsplatzverlust und Wohlstandsabbau. Politisch erzeugte Teuerung und Inflation sowie die Priorisierung der unerforschten und unbezahlbaren klimaneutralen Transformation bringen Existenz- und Zukunftsängste in unsere Gesellschaft. Mittelstand und Leistungsträger verlieren das Vertrauen in die Politik. Viele Menschen fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen und sehen die Zukunft ihrer Kinder in Gefahr.

Vor diesem Hintergrund stimmen die Prioritäten des bayerischen Staatshaushalts nicht. Die Regierenden, allen voran der Herr Ministerpräsident und die Staatskanzlei, bedienen offenbar zuerst die eigenen Interessen. Man gönnt sich im Vergleich zu 2020 eben mal 38 Millionen Euro mehr und 30 % mehr fürs Personal. Ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass in den bayerischen Ressorts in den Dienstposten und Personalplänen immer mehr Häuptlinge und weniger Indianer ausgewiesen werden?

Die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung bleiben dagegen auf der Strecke; denn der Polizeihauhalt stagniert, trotz steigender Sexualdelikte und zunehmender Gewaltkriminalität.

Hingegen werden gewaltige Summen für die völlig überzogene und verfehlte Corona-Politik dieser Staatsregierung ausgegeben. Für den Corona-Sonderfonds sind im Jahr 2023 immer noch 306 Millionen Euro einschließlich 183 Millionen Schuldendienst ausgewiesen. Seit 2020 bis heute hat der Freistaat für diesen Sonderfonds sage und schreibe 24 Milliarden Euro ausgegeben, davon 2021/22 2,8 Milliarden für nutzlose Schnelltests sowie 3,36 Millionen für Impf- und Teststrategien.

Dieser Blödsinn scheint weiterzugehen; denn der Etat von Gesundheitsminister Holetschek steigt im Vergleich zu 2020 um 26 % auf 868 Millionen Euro. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dringend notwendige Ansätze für Forschungsaufträge zu Long COVID und Post-Vac, Impfschäden also, und für die Sonderentschädigung der Impfpfopfer sind darin nicht vorgesehen. Aber für die Unterbringung und Versorgung von Migranten wird eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt.

Aber es gibt auch einen Lichtblick im bayerischen Haushalt. Das ist die Steigerung des Etats für das Wirtschaftsministerium um 55 % auf 1,7 Milliarden Euro unter Verdoppelung des Investitionsanteils –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – auf 888 Millionen Euro. Ich komme zum Schluss – danke für den Hinweis –: Auch Bayern lebt mit einer Staatsverschuldung von 37 Milliarden Euro nach wie vor auf Pump und braucht Kreditaufnahmen oder Sondervermögen, um überhaupt noch politisch gestalten zu können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Das Wort hat nun der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zum Einzelplan 02 sozusagen in Form einer Generaldebatte. Als Erstes dürfen wir doch mal feststellen: Der Freistaat Bayern ist in der Lage, einen Haushalt aufzustellen, ohne dass das über Monate von Problemen begleitet wäre, wie man den überhaupt finanzieren soll. Das ist der Hauptunterschied zu 14 anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss sagen: Ich freue mich auch nicht, dass wir so viel Länderfinanzausgleich bezahlen. Aber der einzige Grund dafür ist doch, dass wir wirtschaftlich als Einzige in Deutschland so erfolgreich sind, dass sich unsere Zahlungen verdoppelt haben. Wir werden immer stärker, und die anderen werden immer schwächer. Das führt dazu, dass wir so viel bezahlen. Darüber kann man als Opposition schon jammern. Aber als Regierungsfraktionen müssen wir sagen: Gott sei Dank; denn das versetzt uns in die Lage, diesen Haushalt überhaupt zu finanzieren. Wir sind in der Lage, einen sozialen Haushalt aufzustellen. Wenn man sich die Zahlen der anderen Bundesländer anschaut, sieht man, dass das gerade einmal vierein gelingt. Verglichen mit ihnen bezahlen wir beim Länderfinanzausgleich so viel wie zwei. Sonst könnten die das auch nicht.

Wir sind in der Lage, einen Haushalt aufzustellen, der auf die Fläche in Bayern Rücksicht nimmt, der beinhaltet, dass wir eine Metropole haben – München –, die mit ihrem Umland 43 % des Wirtschaftsaufkommens dieses Landes erwirtschaftet. Wir gehen damit so sorgfältig um, dass wir in ganz Bayern damit Projekte machen, also dieses Geld auch wieder verteilen.

Wissen Sie, man kann sich hier hinstellen und sagen – wie haben Sie gesagt? –: Die Kosten der Stammstrecke haben sich vervielfacht. – Dann lesen Sie irgendwelche Zahlen vor. Ja, man kann viele Zahlen lesen. Ich befürchte, die Kollegen, die da noch weiter rechts von Ihnen sitzen, lesen auch ständig irgendwas, das sie hier wiederho-

len. Davon wird es aber nicht besser. Tatsache ist, dass wir dieses Infrastrukturprojekt in der Landeshauptstadt München brauchen, um auch in Zukunft Erträge zu erwirtschaften, mit denen wir dann Projekte in ganz Bayern finanzieren.

(Beifall bei der CSU)

Glauben Sie, dass wir die Wirtschaftsstärke Münchens und der Region 14 hätten, wenn nicht dieses ÖPNV-System in der Folge der Olympischen Spiele 1972 erst mal grundsätzlich geschaffen worden wäre? Haben Sie sich eigentlich schon mal mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass täglich 800.000 Leute aus dem Umland Münchens in die Stadt München fahren und fast genauso viele aus der Stadt München und dem Landkreis München nach draußen, damit sie zu ihrem Arbeitsplatz transportiert werden, wo sie dieses Wirtschaftswachstum schaffen?

Bei manchem, was Sie sagen, muss man schon auf das Fehlen der Logik hinweisen. Ja, Sie haben recht: 234 gekaufte Wohnungen bedeuten keinen Zuwachs an Wohnungen. Aber 33.000 verkaufte Wohnungen bedeuten auch keinen Verlust von Wohnungen. Es wird auch nicht dadurch besser, dass Sie das ständig wiederholen. Diese 33.000 Wohnungen sind nach wie vor da.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Nein, Sie haben nur vergessen, uns dafür zu loben; gerügt hat es der Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie müssen auch sehen, was da jetzt an Mieten gezahlt werden muss!)

Natürlich muss ich auch sagen, im Haushaltsausschuss erleben wir ja, wie Politik ausschauen soll. Gut, die konstruktiven Vorschläge kommen immer von den Regierungsfractionen, weil sie – man muss es fairerweise sagen – auch die Unterstützung der Exekutive in der Staatsregierung haben, die natürlich wesentliche Beiträge zum Aufstellen eines Haushalts leistet. Das ist auch die richtige Stelle, mich bei Albert Füracker und den Mitarbeitern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

und für Heimat dafür zu bedanken, dass sie einen exzellenten Haushalt vorgestellt haben,

(Beifall bei der CSU)

der uns in den Regierungsfraktionen die Zustimmung und im Haushaltsausschuss die Debatte leicht gemacht hat.

Im Haushaltsausschuss ist immer davon die Rede, die GRÜNEN seien eine Verbots-
partei. In Wirklichkeit wollen sie eigentlich so eine Art Diktatur der Meinung. Ihr Vorsit-
zender spricht dann von neuem Denken und altem Denken. Wie überheblich, wie
selbstverliebt, wie arrogant muss man eigentlich sein, wenn man sich selber für den
einzigen Neudenkenden hält und alle anderen für altdenkend?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie mal Neues denken und über den Tellerrand hinausschauen wollen, empfeh-
le ich Ihnen, lesen sie mal Francis Picabia. Der sagt Ihnen dann, warum der Kopf rund
ist – damit man nämlich auch mal in die andere Richtung und nicht immer nur rechts
und links von Brettern begrenzt denken kann. Das wäre mal dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU)

So kommen Sie in diesen Haushaltsdebatten eigentlich nur mit Vorschlägen, wie wir
Verbote sanktionieren sollen oder wie Sie von Ihnen gewünschte Verhaltensweisen
subventionieren wollen. Aber so eine echte Substanz der Weiterentwicklung dieses
Landes, die uns dann ermöglicht, Prosperität und Wohlstand auch weiterhin zu leben,
kam die ganze Zeit nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Franke (GRÜNE))

Sie haben Verbote und Förderungen für Gesinnungsdiktatur und sonst nichts in diesen
Haushaltsdebatten gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Ich war dabei. Frau Köhler, Sie waren auch dabei. Aber sonst war hier niemand dabei. Wir mussten das über Wochen über uns ergehen lassen.

Bei der SPD wird es tragisch, muss ich sagen. Ich habe die Kollegen Ritter und Güller ja nun viele Jahre im Haushaltsausschuss erlebt. Die haben wirklich immer versucht, sich konstruktiv einzubringen. Da hast du auch gemerkt, worum es geht. Dahinter ist ein sozialer Gedanke; das muss ich bei Florian Ritter wirklich sagen. Der hat Konsequenz in dem, was er will.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Harald Güller hat so ein bisschen einen Schwerpunkt in Schwaben. Man hat das Gefühl, man müsste vielleicht den Regierungsbezirk Schwaben im Verhältnis zu anderen noch ein bisschen mehr stärken. Aber ich muss durchaus sagen, dass es Bewunderung auszudrücken gilt, was ihr da gemacht habt. Allerdings tun mir die Kollegen leid, die in Zukunft euern Nachfolgern in dem Ausschuss ausgesetzt sind. Ich sehe bei Weitem, weit und breit nicht, wo da dieselbe Expertise, dieselbe Qualität, dieselbe Empathie herkommen soll. Da dürfen wir mal gespannt sein.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann hatten wir auch noch die Kollegen von der Leugner-Partei. Sie leugnen eigentlich alles. Am allerbesten wäre, Sie würden auch mal anfangen, sich selber zu leugnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein bei dem, was Ihr Sprecher heute hier am Mikrofon gesagt hat, muss ich sagen: Es wäre wirklich ein Segen, wenn Sie damit anfangen würden, sich zu leugnen. Es muss doch bitte ein Mindestmaß an Werten, an Niveau, an Stil geben. Aber Sie ken-

nen da keinerlei Rücksicht, sondern Sie haben da Ihre Linie: Klimawandel gibt es nicht,

(Widerspruch des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

die Nutzung der Sonnenenergie gibt es nicht, neue Behandlungsmethoden gibt es nicht, und dann erklären Sie sich zum Heilsbringer für alle.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Wie bitte?

(Andreas Winhart (AfD): Einfach zuhören!)

Wenn Sie was dazulernen wollen, wäre es gut, wenn Sie jetzt still sind und zuhören. Das ist nun mal so. Wenn man selber nur schreit, kann man nichts dazulernen.

(Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Wahrscheinlich hatten Sie dieses Problem schon in der Schule.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Sie machen auf mich nicht den Eindruck, als hätten Sie früher zugehört und was dazugelernt.

(Ulrich Singer (AfD): Hören Sie doch mal zu!)

Sie machen auf mich den Eindruck, dass Sie seit Ihrem sechsten Lebensjahr das Gleiche tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was der Kollege Hagen über die Bundesregierung gesagt hat, stimmt natürlich ein Stück weit, was Ihre Fraktion betrifft. Ja, Mitglieder Ihrer Partei in der Bundesregierung haben in den letzten Tagen und Wochen wirklich dafür gesorgt, dass uns die aller-

schlimmsten Ideen der Ampelkoalition erspart geblieben sind. Ich finde, das ist der richtige Zeitpunkt, um Ihnen namens der Bürgerinnen und Bürger Bayerns an der Stelle danke zu sagen. Wir regieren da oben nicht mit, aber wir müssen froh sein, dass Herr Lindner, Herr Buschmann und andere die Umsetzung dieser Wahnsinnsideen, die es da oben gegeben hat, verhindert haben. Ich finde, dafür gebührt ihnen auch mal Applaus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bitte richten Sie es aus und überlegen Sie sich, mit wem Sie in Zukunft vielleicht besser regieren könnten, damit Sie solche Korrekturen gar nicht erst vornehmen müssen, weil die politische Gemeinsamkeit, der Grundkonsens darüber, wie man miteinander umgeht, wie man miteinander spricht, wie man miteinander handelt, von Haus aus größer wäre.

Ich habe Verständnis, dass man das 2021 anders entschieden hat, insbesondere nach den Erfahrungen in 2017. Aber wenn Sie zu den Koalitionsmöglichkeiten zurückfinden würden, die eigentlich von Ihrer liberalen freiheitlichen Grundeinstellung gegeben wären, wäre das nicht schlecht.

Dann darf ich an den Kollegen der FREIEN WÄHLER anschließen: Bernhard Pohl hat alles zum Thema gesagt. Wir haben jetzt viereinhalb Jahre hervorragend zusammengearbeitet. Es mag die eine oder andere Verwerfung gegeben haben, zwischen dem einen oder anderen Kollegen oder manchmal auch zwischen mehreren Kollegen. Aber es soll ja auch so sein, dass nicht in jeder Ehe 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche und zwölf Monate im Jahr nur die Sonne scheint. Damit muss man leben. Ich kann Ihnen übrigens sagen: Ich war auch schon in Konstellationen hier, als die CSU mit ihrer Mehrheit noch ganz alleine regiert hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Selbst da war es so, dass es Streit zwischen Kollegen gegeben hat. Selbst da war nicht immer alles nur eitel Sonnenschein. Vielleicht ist es um Nuancen schlimmer geworden, aber es ist keine Neuerung.

Bernhard, weil du damit begonnen hast, dich zu bedanken, möchte ich an der Stelle sagen, dass der Dank aus meiner Sicht natürlich auch den langjährigen Kollegen aus der CSU-Fraktion gilt: Hans Herold und Martin Bachhuber, die ja ebenfalls ausscheiden werden, genauso wie Georg Winter.

Abschließend möchte ich sagen: Der Fraktion der GRÜNEN wünsche ich, dass sie sich im Haushaltsausschuss künftig wieder auf Kollegen wie Thomas Mütze oder Eike Hallitzky stützen kann. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Weidenbusch, es gibt noch drei Zwischenbemerkungen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja, wunderbar!)

Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Bergmüller von der AfD gemeldet.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Ernst Weidenbusch, zunächst weise ich die pauschale Verunglimpfung zurück.

(Beifall bei der AfD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Wie bitte? Was weist du zurück?

Franz Bergmüller (AfD): Das sage ich dir nachher noch privat. Jetzt kommen wir zur Sache. Du sprichst von einem wichtigen Infrastrukturprojekt bei der S-Bahn.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schneewittchensarg!)

Du hast auch mal über das Konzerthaus in München gesagt, wenn das eine Milliarde kostet, ist das auch wurscht. Über die S-Bahn-Stammstrecke hat dein Kollege am Freitag im Untersuchungsausschuss gesagt, dass er jetzt mit 14 Milliarden Euro an Kosten rechnet. Da kann man eigentlich nur sagen: Wer bietet mehr? Wie steht eigentlich eure Fraktion dazu? Heißt es da: Augen zu und durch? Oder welche Auswirkungen hat das auf den Haushalt? Auch wenn du in der nächsten Zeit nicht mehr dabei bist, du bist ja ein erfahrener Politiker. Wenn du es vertrittst, dass die eine Milliarde in Ordnung ist, wie steht es dann mit der Aussage von Jürgen Baumgärtner über die 14 Milliarden?

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich habe zu einem Zeitpunkt, als das Konzerthaus auf 370 Millionen Euro geschätzt worden ist, gesagt, dass ich das für unrealistisch halte, weil ein Vergleichsbau in Rom etwa 610 Millionen gekostet hat. Wenn ich das indexiere, bin ich bei 700 Millionen. Wenn man dann rechnet, was für eine Bauzeit das Konzerthaus hätte, könnte da eine Milliarde herauskommen. Das war vor drei Jahren. Dazu stehe ich, und wir werden irgendwann entscheiden müssen, ob uns das Ganze das wert ist oder nicht. Menschen in Hamburg, die geleugnet haben, dass die Elbphilharmonie Sinn macht, müssen jetzt zugeben, dass dort die Einnahmen ein X-Faches von dem sind, was geplant war.

Ich sage es noch einmal: Wenn wir die Infrastruktureinrichtung zweite Stammstrecke in München nicht bauen, werden wir den Standort München, der momentan unter den Top 4 in Europa ist, ganz schnell kaputt machen. Dann ist er ganz schnell nicht mehr unter den Top 20, nicht mehr unter den Top 50, und dann können wir uns das alles, was wir in Bayern mit dem hier verdienten Geld finanzieren, nicht mehr leisten. Das wird so bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Franz Bergmüller (AfD): 14 Milliarden!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Weidenbusch, ich hätte nur kurz eine Nachfrage, was die Wohnungen angeht. Sie haben ja Martin Hagen recht gegeben, dass die 234 Wohnungen, die gekauft worden sind, keine neuen sind. So wie ich den Sinn von Söders BayernHeim verstanden habe, geht es dort darum, auch bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, das heißt, geförderten Wohnungsbau, das heißt, mit Sozialbindung.

Sie haben das in etwa so dargestellt: Na ja, es ist ja gar nicht schlimm, dass der Finanzminister a. D. Markus Söder diese 33.000 Wohnungen mal verkauft hat. Soweit ich das den Medienberichterstattungen entnehme, fallen da jetzt ganz viele Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Das heißt, für die Mieterinnen und Mieter wird es sehr teuer. Das heißt, der Vergleich hinkt irgendwie. Oder sind Sie der Meinung, dass es eine Glanzleistung gewesen ist, diese 33.000 Wohnungen zu veräußern, die jetzt alle sukzessive teurer werden? Ist das ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger? Stehen Sie dazu, dass man das so eins zu eins wirklich mit dieser dritten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft vergleichen kann?

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Körber, Ihre Frage beruht auf einer Fehlinformation. Markus Söder hat gar nichts verkauft.

(Thomas Huber (CSU): Richtig!)

Der Verkauf der GBW ist durch die BayernLB aufgrund einer Auflage in einem Bescheid der Europäischen Union erfolgt.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Das ist Ihre Meinung! Das stimmt doch gar nicht!)

Jetzt muss man mal sagen: Wissen Sie, wenn schon die Grundfrage nicht stimmt, wird es schwierig. Im Ergebnis konnte in den Verhandlungen mit der Europäischen Union eine sogenannte Sozialcharta eingeführt werden.

(Florian von Brunn (SPD): XXS vielleicht!)

Leider hat die Europäische Union den Entwurf der Sozialcharta, den es dazu gab, nicht in vollem Umfang genehmigt, sodass wir nur zu der Sozialcharta kamen, die im Bescheid genehmigt wurde.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Die lässt bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten zu, die mir auch nicht gefallen. Sie hat aber die Steigerung der Mietpreise in diesen 33.000 Wohnungen bisher sehr erfolgreich bekämpft.

Gott sei Dank haben wir weitere freiwillige Zusagen, dass das auch so bleibt. Insofern müssen Sie noch zehn Jahre warten, um zu sehen, ob sich Ihre Kritik vielleicht doch noch rechtfertigt. Im Moment ist sie nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor der Entscheidung: "Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden? Oder steigen wir in das bunt geschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle des Faschingskommandanten übernehmen würden?" – Dieses Zitat des großen Franz Josef Strauß aus dem Jahr 1986 ist Ihnen allen wohlbekannt.

(Thomas Huber (CSU): Er würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, dass Sie das verwenden! – Tobias Reiß (CSU): Dass Sie ihn zitieren!)

Er hätte es wohl nie für möglich gehalten, dass ausgerechnet seine CSU den fundamentalen Richtungswandel in Richtung rot-grünes Utopia vollzieht.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Was ist mit den Braunen?)

Am Ruder des Narrenschiffs steht heute der nicht anwesende Shrek aus dem Frankenland. Der Ausstieg aus der sicheren, günstigen und nachhaltigen Kernenergie – das war die CSU. Markus Söder hatte einst selbst mit Rücktritt gedroht, sollte Deutschland nicht aus der Kernkraft aussteigen. Das Ergebnis: die höchsten Energiepreise der Welt und Zukauf von Atomstrom aus dem Ausland.

Entgrenzende Masseninvasion in unsere Sozialsysteme und die Aufgabe der nationalen Souveränität über unsere Grenzen – das war die CSU. Das Ergebnis: Seit Anfang 2015 sind netto rund fünf Millionen Ausländer nach Deutschland gekommen und rund 1,5 Millionen Inländer ausgewandert. Das ist im gegebenen Zeitrahmen die größte Auswanderungswelle in der Geschichte unseres Landes. Die Deutschen fliehen vor der höchsten Steuer- und Abgabenlast, einer jugendgefährdenden Identitätspolitik und der massiv angestiegenen Gewaltkriminalität. Über sieben Gruppenvergewaltigungen im Jahr sowie Tausende von "Einzelfällen" von "Messerfachkräften" und "Axtexperten" sind wesentliches Resultat Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, Sie haben die Bürger dieses Landes verraten und verkauft. Der österreichische Publizist Gerald Grosz hat es kürzlich so formuliert – Zitat –: Markus Söder "ist kein Landesvater, sondern" – wohl eher – "ein Landesverräter."

(Beifall bei der AfD)

Ihre CSU hat sich dem bolschewoken Klimatotalitarismus der rot-grün-gelben Bundesregierung und ihrer Verlängerungsmedien angeschlossen und muss nun selbst bitter dafür bezahlen.

Ihre linksideologischen Kuschelpartner von den anderen Gebraucht-Parteien haben ein neues Wahlrecht verabschiedet, das die CSU möglicherweise ganz aus dem Bundestag heraushält. Wer also künftig ein starkes, traditionelles Bayern im Bund vertreten haben will, der kann ab jetzt nur noch eine Partei wählen, und das ist die Alternative für Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Partei, die zwar noch CSU heißt, es aber schon lange nicht mehr ist, fällt nur noch mit Höchstleistungen bei Rechtsbrüchen, Vorteilsnahmen und Korruption auf. Die Gerichte haben viele Ihrer Maßnahmen als rechts- und verfassungswidrig abgeurteilt. Ihre willkürlichen Ausgangsbeschränkungen, der 10-Kilometer-Bewegungsradius und 2G für den Einzelhandel – alles rechtswidrig!

Die Rückzahlung der Bußgelder lässt bis heute auf sich warten. Und jetzt wollen Sie nur jene zurückzahlen, die den Zeitraum vom 1. bis zum 19. April 2020 betreffen. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren. Wir fordern die Rückzahlung ausnahmslos aller Corona-Zwangsbußgelder, und zwar unverzüglich.

Ich erinnere an Ihre Mittäterschaft und Führungsrolle beim Impfzwang, der laut Paul-Ehrlich-Institut rund 330.000 Menschen in diesem Land geschädigt hat, darunter weit über 50.000 schwer, und der eine unbekannte Anzahl von Menschen durch Nebenwirkungen Ihrer – vermeintlich unbedenklichen – experimentellen Genspritzen umgebracht hat. Anständige Politiker vergangener Tage wären schon wegen eines Bruchteils all dessen zurückgetreten. Doch Faschingskommandant Söder klammert sich auch im schwersten Orkan fest an das Steuerrad seines Narrenschiffs und steuert Bayern zielsicher auf das nächste Riff.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, letztlich geht es der CSU und ihren Fachkräften im Handaufhalten nur darum, den Steuerzahler noch schamloser auszupressen. Wenn früher Minister zurücktraten, weil sie falsche Briefköpfe verwendeten, was

braucht es dann, um Karnevalskönig Söder, der Steuergelder an die Familie seiner eigenen Frau vergab, zum Rücktritt zu bewegen?

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Lüge!)

Vielleicht helfen ihm ja die drei Untersuchungsausschüsse auf die Sprünge, die alle Sie, Herr Ministerpräsident Söder, ganz persönlich betreffen:

(Alexander König (CSU): Kann es sein, dass Sie eine Verleumderin sind?)

der Untersuchungsausschuss zu den Maskendeals Ihrer schwarzen Amigos, der zur S-Bahn-Stammstrecke und, nicht zu vergessen, der zu Ihrem sogenannten Zukunftsmuseum – ein Projekt ganz nach der Clanmentalität der Söder-CSU. Gerd Schmelzer von der alpha Gruppe kriegte mittels eines Mietvertrags 2,8 Millionen Euro Steuergelder jährlich für eine Laufzeit von 25 Jahren, was 70 Millionen Euro entspricht, und spendet dafür 45.000 Euro. An wen? – Natürlich an die CSU!

Herr Söder, Sie verwandeln unseren Rechtsstaat in einen Bananenstaat. Sie zerstören den Rechtsstaat, die Freiheit, die Sicherheit und das Vertrauen unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. Ihre Amigos – Nüßlein, Sauter, Tandler und Hohlmeier – sind nur beim Millionen-Reibach-Machen auf Steuerzahlerkosten hochbegabt, dafür allesamt schamlos und gewissensbefreit, wie ihr Dienstherr.

Aber von all dem wissen Sie ja angeblich nichts, sehr geehrter Herr Söder. Da verwundert es mich fast, dass Sie auch als Kanzlerkandidat krachend gescheitert sind; denn nichts zu wissen und sich an nichts zu erinnern, das scheinen ja heute Voraussetzungen für das Amt des Bundeskanzlers zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Während Sie als Faschingskommandant öffentlich Genderwahn und Wokeismus kritisieren, wird das Ganze hintenrum vom Freistaat üppig finanziert. Für den Film "Oskars Kleid", in dem sich ein 12-jähriger Junge für ein Mädchen hält, gab der Freistaat

1,2 Millionen Euro Steuergelder – für Frühsexualisierung und Genderwahn – aus. Bis heute haben Sie insgesamt 30 jugendgefährdende Genderfilme finanziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Film, der als Nächstes dringend produziert werden sollte, ist der über den Rücktritt des Kapitäns des Narrenschiffes CSU. Und der braucht keine Millionenförderung;

(Tobias Reiß (CSU): Ist das ein AfD-Vorlesewettbewerb für Märchen, oder was?)

der finanziert sich ganz von selbst. Die Zukunft unserer Heimat braucht kein Museum und keinen Söder. Die Zukunft braucht die von Franz Josef Strauß eingeforderte bürgerliche Vernunft und ihre Tugenden. Sie braucht die AfD!

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Wir brauchen keine Rechtsradikalen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion. Herr Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte wie der Kollege Pohl mit einem Wort des Dankes beginnen: an die Mitglieder des Haushaltsausschusses, die sachlich und fair mitgewirkt haben, an unseren Koalitionspartner, vertreten durch den Kollegen Bernhard Pohl, und an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit uns gemeinsam diesen Haushalt gestaltet haben, von meiner eigenen Fraktion, aber auch von der Opposition, insbesondere an Frau Kollegin Köhler für das faire Miteinander im Haushaltsausschuss.

Lieber Herr Staatsminister Albert Füracker, ein großes Dankeschön geht an Sie und Ihr Haus für die großartige Leistung bei der Vorlage dieses Haushaltsentwurfs.

Ich habe mir die Debatte hier angehört. Zur AfD sage ich jetzt gar nichts, weil das unsäglich war, gerade die letzte Wortmeldung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch das, was vonseiten der anderen Oppositionsfraktionen kam, war das Gegenteil dessen, was wir im Ausschuss erlebt haben. Ihre Redebeiträge hier lassen sich wie folgt beschreiben: unsachlich, Kleinigkeiten kritisieren, die großen Erfolge Bayerns schlechtreden, die großen Erfolge auch der Koalition schlechtreden.

Sie sagen, wir würden immer nur die Ampel bashen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dazu liefert ihr ja jeden Grund. Es ist für uns parteipolitisch vielleicht sogar ganz angenehm, wenn in Berlin versagt wird. Aber für unser Land ist das nicht gut, weder für das Bayernland noch für Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen im bayerischen Haushalt ausbaden, was Sie uns bescheren. Ich will einige Beispiele bringen. Vielleicht sind Sie auch ganz froh, dass Sie in der Ampel nichts zu sagen haben bzw. dass die bayerischen Ampel-Politiker dort nicht vertreten sind. Aber das entlastet Sie nicht; denn hier den Maulhelden zu spielen und in Berlin nichts zu vermelden, was uns in Bayern drückt, weil die Ampel es verbockt, das ist der falsche Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir das anhöre, was Kollege Hagen von sich gegeben hat, dann sage ich Ihnen: Schauen Sie sich doch einmal den Haushalt an, den Herr Lindner vorgelegt hat!

Das war übrigens zu der Zeit, als wir regiert haben, anders – mit einem schwierigen Partner SPD; das muss man sagen. Daher kommen auch manche Dinge bei der Bundeswehr, weil es nicht so gelaufen ist. Aber eines sage ich Ihnen: Wenn ein Bundesfinanzminister in einem Jahr in Schattenhaushalten mehr Schulden macht, als der reguläre Haushalt insgesamt ausmacht, und dann behauptet, er würde die Schuldenbremse einhalten und solide wirtschaften, dann gute Nacht, Deutschland! Das passiert in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben einen Haushalt ohne Neuverschuldung und ohne im Vorjahr riesige Schattenhaushalte aufgebaut zu haben, um das Versagen zu verdecken. Dafür danke ich noch einmal unserem Finanzminister. Es ist tatsächlich so: Wir haben einen soliden Haushalt. Wir haben sogar noch eine Rücklage, in die wir greifen können, um zum Beispiel Energiehilfen zu finanzieren. Es ist übrigens ein leidiges Thema, dass es in Berlin so lange gedauert hat, bis diese Hilfen beschlossen wurden und tatsächlich umgesetzt werden konnten.

Dass die anderen – Rot, Grün – üblicherweise kritisieren, ist klar. Aber da nenne ich nur ein Beispiel: Mobilität. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel wurde zugesagt. Man hat sie erhöht, aber mit dem 49-Euro-Ticket gegengerechnet, sodass uns für Investitionen im Land, die Dinge, die Sie immer so gerne fordern, nichts überbleibt, bei gestiegenen Kosten. Das heißt bei den neuen Ausschreibungen, die die BEG macht: Wie soll das denn finanziert werden? Das sind Dinge, die früher der Bund gemacht hat, die uns der Bund über Regionalisierungsmittel eigentlich bezahlen müsste, damit wir in Bayern entsprechend agieren können. Das funktioniert nicht. Dafür werden wir auch wieder bayerische Mittel verwenden müssen, weil aus Berlin – wie gesagt – eine Zusage mit einer Forderung auf der anderen Seite verknüpft wird und uns damit nichts überbleibt. Das heißt, diese Kritik an Mobilitätsthemen schlägt auf Sie selbst zurück. Hier fehlt es himmelweit. Das sage ich ganz offen: Wenn da nicht mehr passiert, werden wir den Bürgern in Bayern deutlich sagen müssen, woran es liegt.

Ich nenne auch die Krankenhausreform. Es wird kritisiert, wir stellten zu wenig Mittel für die Investitionen bereit. 643 Millionen Euro! Wenn der Bedarf steigen sollte, werden wir den Betrag natürlich erhöhen müssen, das ist klar. Aber hier sind wir führend in Deutschland. Was ich jetzt höre, was ich lese! Im Landkreis Kelheim wurde ein Bauvorhaben zurückgestellt, am Krankenhaus in Mainburg. Erst vor Kurzem war das bei mir in der "Laber-Zeitung" zu lesen. Und warum? – Weil die Unsicherheiten durch die Krankenhausreform des Herrn Lauterbach, der Ihrer Partei angehört, lieber Kollege

von Brunn, so enorm sind, dass man sich nicht mehr zu investieren traut. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Dann kommt noch die Kritik an der staatlichen Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren, wir haben die Wohnraummilliarde, ebenso die Klimamilliarde. Was in Berlin gemacht wird – auch hier wieder ein gutes Beispiel –, führt dazu, dass weniger gebaut wird, weniger bezahlbarer Wohnraum: Man erhöht die Auflagen, was die Kosten nach oben treibt, und senkt Förderungen ab oder schafft sie kurzfristig ab. Auch das ist Tatsache.

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, den Kollege Weidenbusch vorher gut gekontert hat, nämlich auf die Frage, ob Wohnungen verkauft worden sind. Die Landesbank hat sie verkauft, nicht der Freistaat Bayern. Sie wissen ganz genau, dass Baden-Württemberg kurz vorher 21.500 Wohnungen an die gleiche Patrizia verkauft hat, und zwar zu schlechteren Bedingungen für die Mieter. Das ist Tatsache. Wer hat damals, 2012, in Baden-Württemberg regiert? – Grün-Rot. Das sind die Tatsachen, und die verschweigen Sie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir investieren in Bayern in die Zukunft, in die Infrastruktur. Dazu gehört vieles, natürlich auch die Staatsstraßen, die uns wichtig sind. Ich nenne das Soziale: Familiengeld, die Mobilität in Stadt und Land. Wir investieren in die Generationengerechtigkeit. Wir machen dafür keine neuen Schulden. Das ist der richtige Weg. Wir machen auch für den Klimaschutz keine neuen Schulden. Wir geben eine Milliarde. Wir haben die Möglichkeiten, weil wir in der Vergangenheit richtig gewirtschaftet haben.

Auch die Stellenzahlen werden erhöht, weil wir natürlich Bedarf haben. Wobei ich – das sage ich ganz ehrlich – kritisch bin: Wir werden uns das auf Dauer nicht leisten

können, weder finanziell noch personell, weil die Ressourcen nicht mehr vorhanden sind. Wir müssen versuchen, die Bürokratie zu senken – ich denke an Walter Nussel –, weil wir es sonst personell und finanziell nicht mehr leisten können.

Meine Damen und Herren, damit ist meine Redezeit schon zu Ende. Ich bedanke mich bei allen, die sachlich und fachlich mitwirken. Ich weise noch mal darauf hin, dass Bayern in Deutschland an der Spitze steht. Das ist die Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN, nicht Ihre Politik. Ich glaube, das werden die Bürger im Herbst zu schätzen wissen; denn jeder weiß, wie es bei uns läuft und wie es woanders läuft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist das Königsrecht des Parlaments. Der Staatshaushalt ist eben nicht nur ein nüchternes Zahlenwerk von Buchhaltern, sondern er ist der Inbegriff der Politik der Staatsregierung und das Kursbuch der sie tragenden Regierungsfaktionen.

In enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist ein beachtliches Werk erstellt worden. Ich danke allen, die daran beteiligt waren, insbesondere dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker, der sozusagen die Fäden am Ende wieder zusammenführen muss. Das ist nicht ganz einfach als Finanzminister. Ich glaube, das weiß jeder. Aber dass heute und in dieser Woche ein wirklich rundes Werk diskutiert wird, ist sein Verdienst. Deshalb herzlichen Dank, lieber Albert Füracker!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Weil es das Kursbuch der Staatsregierung und der Regierungsfaktionen für die Politik der Staatsregierung und der Fraktionen ist, kann man daraus auch die politischen Leit-

linien für die Zukunft, die politische Schwerpunktsetzung entnehmen. Auf der einen Seite bedeutet das die konkrete Bewältigung der aktuellen Lage; was vor einem Jahr noch die Nachwirkungen – heute auch noch etwas, aber vor einem Jahr noch stärker – der Corona-Pandemie waren, sind heute die Auswirkungen der Energiekrise, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die gesamte Welt, aber eben auch auf uns. Wir wurden vor diese Herausforderungen gestellt. Wir können uns das nicht aussuchen. Das ist eben so. Andererseits steckt in diesem Haushalt auch die Kraft, um künftigen Herausforderungen vorzubeugen, um fit zu werden für die Zukunft, wie es immer die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags war, einen fortwährenden Wandel unserer Gesellschaft, der Rahmenbedingungen, der Produktion in Industrie und Mittelstand vorauszudenken und die Weichen entsprechend zu stellen. Ich nenne nur das Stichwort Hightech Agenda und Ähnliches. All das ist in diesem Haushalt enthalten. Deshalb ist er ein großes Werk, gleichzeitig ist er solide und somit nachhaltig.

Deshalb mein herzlicher Dank dafür. Auch heute in der Debatte wurde das sehr deutlich. Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CSU Thomas Kreuzer sowie den Haushaltsexperten, die gesprochen haben, dem Kollegen Pohl, dem Kollegen Weidenbusch, dem Ausschussvorsitzenden Josef Zellmeier, für die wirklich wegweisende Haushaltsdebatte. Ich danke den Genannten auch für die klare Einordnung der Ausführungen aus der Opposition, die wir uns heute hier auch wieder anhören mussten. Es war wieder eine durchsichtige Strategie, die allen oppositionellen Redebeiträgen zugrunde lag. Ich frage mich, an die Opposition gerichtet: War es das jetzt? War das wirklich alles, was Sie zu bieten haben? – Ich kann nur sagen: Es war gar nicht mal so gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Opposition hier im Bayerischen Landtag beschränkt sich seit Neuestem darauf, also jedenfalls seit die Ampel in Berlin regiert, die Ampel in Berlin einfach schönzureden, egal wie bayernfeindlich oder wirr die Vorschläge der Ampel sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich sage nur das Stichwort Krankenhausreform.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Die machen wenigstens etwas, im Gegensatz zu euch! –

Tobias Reiß (CSU): Das hat man am Wochenende gesehen!)

Es wird einfach schön geredet, und es wird einfach positiv dargestellt; die Sachverhalte werden einfach so lange gequetscht, bis sie zu Ihrer Ideologie passen und man sagen kann, das ist alles wunderbar. Sachverhaltsquetsche ist ein Grundfehler in der Analyse von Lebenswirklichkeiten. Man kommt damit nie zu dem richtigen Ergebnis. Das ist aber nicht nur der Fehler in Ihren Reden heute, sondern das ist der Grundfehler in Ihrer Politik, in Ihrem Politikverständnis, dass man nämlich theoretisch Ideen entwickelt und dann versucht, teilweise mit infantiler Naivität, sie den Lebensrealitäten anzupassen. Diese Ideen bestehen aber nicht den Praxischeck. Wir wussten schon immer, dass das den Praxischeck nicht besteht. Die Ampel führt uns das momentan jeden Tag vor. Nicht einmal eine Koalitionsrunde funktioniert ohne Big Drama. Deshalb kann ich nur sagen: Es ist völlig falsch, dass Sie ständig die Ampel verteidigen, und es ist richtig, wenn man die negativen Auswirkungen der Ampel auf Bayern auf den Punkt bringt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Besonders bei Ihnen, lieber Herr Kollege Hartmann, hat man heute gemerkt, dass die Nerven schon gewaltig blank liegen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wie beim Wasser! Da liegen Ihre Nerven blank!)

Es war wirklich eine billige und schwache Polemik, sehr geehrter Herr Kollege, und auch ziemlich billige Propaganda. Wir alle merken, es passt einfach nicht in sein Weltbild, es passt einfach nicht in das Weltbild der GRÜNEN, dass die Politik in Bayern seit vielen Jahrzehnten maßgeblich von der CSU und seit ein paar Jahren von der CSU mit den FREIEN WÄHLERN bestimmt wird und – ich will es mal ironisch sagen –

Bayern trotzdem in allen Kennzahlen, auf die es in der Politik, in der Gesellschaft und der Wirtschaft ankommt, an der Spitze steht. Es passt nicht ins Weltbild der GRÜNEN, dass eine erfolgreiche CSU-Politik für die Menschen immer noch am besten ist.

(Beifall bei der CSU)

Das sieht man vor allem dann, wenn Sie merken, dass wir in allen Bereichen aufgrund unserer Politik Champions League sind, und zwar auch bei den erneuerbaren Energien.

(Alexander König (CSU): Die GRÜNEN sind ideologische Schlechtredner! – Petra Guttenberger (CSU): Getreu dem Motto von Pippi Langstrumpf: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Jetzt kommen wieder die großen Ausführungen, die wir vorhin gehört haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der Kollege Hartmann hat sich über die sogenannte dreckige Energie aufgeregt. Ich frage einmal: Welche dreckige Energie meint er eigentlich im Freistaat Bayern? – In meinem Stimmkreis befindet sich das Kraftwerk Zolling, ein Kohlekraftwerk; Kollege Zierer kennt es auch.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Jede zweite Kilowattstunde Strom kommt aus anderen Bundesländern, weil Sie keine Erneuerbaren ausgebaut haben!)

Dieses Kohlekraftwerk ist meines Wissens das letzte in Bayern, seit vielen Jahren das einzige und eines der modernsten und saubersten Kohlekraftwerke, die es gibt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Genau! Wenn man jede zweite Kilowattstunde aus anderen Bundesländern bezieht, weil man sich abhängig gemacht hat!)

Das meinen Sie offenbar nicht. Im Übrigen weiß ich, dass wir in Bayern das Kernkraftwerk Isar 2 haben, das weltweit eines der sichersten ist und uns klimaneutrale Energie liefert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Genau das wollen Sie abschalten. Ich frage mich, wer hier eigentlich bei der Energiepolitik kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Fördern Sie endlich den Neubau! – Alexander König (CSU): Die Bundesregierung hat die Kohle ausgebaut und macht große Sprüche!)

Ich merke schon, es bringt Sie immer in Rage und zum Schäumen, aber es ist so: Wir sind Erster beim Ausbau und bei der installierten Leistung bei den Erneuerbaren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Das stimmt nicht!)

Bleiben Sie doch einfach einmal bei den Fakten. Bayern hat im Vergleich weit mehr als doppelt so viel erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien als beispielsweise das andere große Flächenland Baden-Württemberg.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Das sind die Fakten. Diese Fakten ignorieren Sie, weil es natürlich wiederum nicht ins Weltbild passt, in dem die CSU mit erfolgreicher Politik nicht vorkommt. – Das passt aber nicht; Sie sollten einmal Ihr Weltbild korrigieren und nicht ständig die Fakten quetschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist es!)

Außerdem betone ich: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich irgendwie mit Ihren Theorien zur Inflation und damit, wie Inflation entsteht, vergaloppiert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Energiekosten sind Inflationstreiber!)

Zunächst einmal ein Faktencheck: Die Inflationsrate in Bayern liegt im bundesweiten Durchschnitt. Wir sind weder darüber noch darunter; wir liegen einfach im Durchschnitt. Das war schon mal der erste Fehler. Ganz oben bei der Inflation steht das rote Mecklenburg-Vorpommern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Welche Kosten sind in den letzten Jahren am meisten gestiegen? – Die Energiekosten!)

Ich sage Ihnen, Inflation entsteht durch übermäßige Schuldenpolitik, und diese macht die Bundesregierung und nicht der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Außerdem noch einmal, weil das bei Ihnen gar nicht vorkam und auch mit der Inflation zu tun hat: Ihnen ist schon klar, dass in der Ukraine ein Krieg herrscht und dass wir seit dem völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Überfall Putins auf die Ukraine außenpolitisch eine andere Lage haben, oder?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Deswegen wollen wir nicht mit Putin kuscheln!)

Das hängt alles zusammen, das sollten Sie einmal in Ihr Weltbild aufnehmen und bei Ihren Ausführungen ein bisschen weniger Schaum vor dem Mund haben, wenn es hier um den Haushalt geht. Ich kann nur Folgendes sagen: Der Kollege Hartmann hat heute aus dem Habeck'schen Märchenbuch vorgelesen; nur leider hat er das Kapitel mit den Lügenmärchen aufgeschlagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Ausführungen des Kollegen von Brunn, der schon wieder verschwunden ist, waren natürlich erwartbar.

(Harald Güller (SPD): Wo ist denn der Herr Ministerpräsident?)

Er hat sie mit großer Aufregung und Empörung vorgetragen, aber ganz im Ernst: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was an der Rede von Herrn von Brunn wirklich gut und richtig ist? – Gar nichts!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb, meine Damen und Herren, arbeitet sich die SPD in aller Ruhe und unter der souveränen Führung von Herrn von Brunn konsequent in eine Richtung: in Richtung 5 %. Ich kann nur sagen: Machen Sie ruhig so weiter!

Auf der anderen Seite nähert sich die FDP nicht den 5 % an, sondern entfernt sich immer weiter davon, lieber Kollege Hagen, und zwar nach unten. Das ist das Ergebnis einer zwar lauten und schrillen, aber erfolglosen Politik. Die FDP ist – das wissen wir mittlerweile – in diesen fünf Jahren kein Gewinn für diesen Landtag, und deshalb wird ihr Verschwinden auch kein Verlust im nächsten sein, meine Damen und Herren.

(Martin Hagen (FDP): Das hätten Sie gern!)

Der Kollege Hagen hat heute eigentlich auch nichts anderes getan, als hier vor uns im Bayerischen Landtag seine Parteitage Rede von kürzlich zu wiederholen oder zu paraphrasieren. Sie hat schon damals niemanden von der FDP überzeugt. – Schade, Herr Hagen, dass Sie die Chance verpasst haben, in der Zwischenzeit an der Qualität und am Wahrheitsgehalt Ihrer Rede zu arbeiten.

(Martin Hagen (FDP): Ich werde mir Sie zum Vorbild nehmen, vor allem beim Wahrheitsgehalt!)

– Das ist eine sehr gute Idee! Sie kritisierten vorhin ganz echauffiert, dass wir ständig die Politik der Ampel-Bundesregierung kritisieren würden. Ich kann nur sagen: Irgendjemand muss es ja tun, nachdem Sie völlig unkritisch mit der Ampel umgehen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Es ist auch klar, dass wir sie kritisieren, seit es sie gibt; denn vorher war die Welt noch einigermaßen in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir machen das auch nicht aus Folklore, sondern weil sich die Politik der Ampel in den meisten Bereichen gegen bayerische Interessen und gegen Interessen von Menschen, von Mitbürgern in unserem Freistaat richtet, für den wir als Bayerischer Landtag verantwortlich sind. Wenn Sie das alles blindwütig verteidigen, dann ist das Ihr Fehler, und es wäre an Ihnen, die Dinge tatsächlich zu ändern; denn wir können nur kritisieren, aber Sie könnten als Teil der Bundesregierung die Dinge verändern. Das tun Sie aber nicht.

Deswegen schlage ich vor, dass Sie hier Ihrer Aufgabe gerecht werden und es nicht so machen wie beispielsweise beim Jahressteuergesetz: Vorher wird sich über das Jahressteuergesetz mit der Steuererhöhung im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer aufgeregt; das Finanzministerium hat dafür ganz eindeutig die Federführung. Es wäre in der Hand von Herrn Lindner gewesen, diesen Teil herauszulösen, sich das noch einmal in Ruhe anzuschauen und zu lösen. Aber nein, es wurde radikal durchgezogen und somit tatsächlich verantwortet. Es ist in der Nachkriegsgeschichte wirklich eine Neuigkeit, dass die FDP eine Steuer erhöht. So ist das.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Die Ampel ist kaputt, und die FDP macht sich kaputt!)

Es ist auch schön, dass Sie bemerkt und ausgeführt haben, dass es künftig mehr Strom braucht. – Ja, das ist logisch. Aber dann frage ich mich: Warum schaltet die

Ampel auch unter Beteiligung der FDP die letzten bestehenden Kernkraftwerke ab, die noch nachhaltige und klimafreundliche Energie liefern würden?

(Martin Hagen (FDP): Dafür hat Söder gekämpft!)

Auch hier könnte sich die FDP einbringen, und Sie, Herr Hagen, könnten Ihren großen Einfluss geltend machen, genauso wie schon beim Wahlrecht, meine Damen und Herren.

Alles in allem war das also von der bayerischen Opposition nicht sehr viel. Man muss sagen: Es wurde vor allem deutlich, dass Sie keine Vertreterinnen und Vertreter der Anliegen der Menschen in Bayern, sondern die Cheerleader von Scholz, Habeck und Lindner sind. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Insgesamt wurde zum Haushalt vor allem, eigentlich ausschließlich, von den Vertretern der Regierungsfractionen viel Richtiges gesagt. Bayern ist und bleibt das Heimatland des ausgeglichenen Haushalts. Es gibt keine Tricks und keine neuen Wörter wie "Sondervermögen", die wir erfinden, um Schulden irgendwie zu kaschieren und außerhalb des Haushalts so zu tun, als gäbe es keine Schulden.

(Martin Hagen (FDP): Das steht im Haushaltsrecht! Wissen Sie das nicht?)

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt, und die seriöse Haushaltspolitik des Freistaats trägt auch weiterhin und gerade jetzt ihre Früchte. So können wir eben langfristig in die Zukunft investieren. Ich nenne das Stichwort Hightech Agenda und andere derartige grundlegende Fördermaßnahmen und Investitionen in Hochschulen, Industrie, Forschung und den ganzen Bereich.

Wir konnten aber auch dadurch, dass wir Geld zur Verfügung und erwirtschaftet sowie vernünftig gewirtschaftet hatten, Unternehmen in den schwierigen Phasen während Corona und in dem anschließenden Krieg in der Ukraine wirkungsvoll zur Seite sprin-

gen und auch Pleitewellen und andere existenzbedrohende Ereignisse, wie zum Beispiel Massenentlassungen und Ähnliches, verhindern. Wir haben in Bayern auch weiterhin nach der Pandemie und angesichts aller Herausforderungen mit 3,6 % die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland, meine Damen und Herren.

Wir bauen die erneuerbaren Energien aus, um in diesem Bereich weiterhin die notwendigen Dinge aufzubauen. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Bei der installierten Leistung und dem Zubau sind wir Spitzenreiter, und wir wollen den Ausbau weiterhin beschleunigen; dafür haben wir ein Paket mit einem Volumen von 500 Millionen Euro aufgelegt. Das alles sind wichtige Maßnahmen.

Neben der Energie geht es natürlich auch um viele andere Bereiche, die sicher auch in den Haushalten der einzelnen Ministerien in den nächsten Tagen ausführlich debatiert werden: die kostenfreie Meisterausbildung, den Hightech-Transfer für die neuen Technologie-Transferzentren im ländlichen Raum, die dort unheimliche Wirkung entfalten, oder die 100 Millionen Euro zur Stützung kleinerer Krankenhäuser, was eben auch dem ländlichen Raum zugutekommt.

Aber ich will einen Punkt besonders betonen: Es ist erneut ein Haushalt, in dem mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts in die Bildung fließt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein ganz wichtiges Bekenntnis zur Bedeutung von Bildung. Dieses Bekenntnis merkt man auch am Ergebnis im internationalen Vergleich, was Bildungsniveau und anderes betrifft. Wir merken das auch im unmittelbaren Vergleich von Studierenden oder auch von Auszubildenden. Bildung ist eine wirklich lohnende Investition und trägt vor allem dazu bei, nicht nur Fähigkeiten zu vermitteln, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die jungen Menschen in die Lage zu versetzen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden, sich ein Urteil zu bilden über Dinge, die in unserer Gesellschaft passieren, politische Zusammenhänge zu bewerten und somit ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Investition in die Bildung ist übrigens genau das Gegenmodell zu linker Cancel Culture oder zu Wächterräten, die festlegen, was gedacht, gesagt, gesungen, getragen oder gegessen werden darf. Menschen, die gut ausgebildet sind, Menschen, die sich ihres eigenen Verstandes bedienen können, brauchen dazu nicht den Staat, sondern sie können es selber, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch über den Länderfinanzausgleich wurde etliches gesagt. Fast zehn Milliarden Euro werden wieder fällig. Das ist tatsächlich ein absoluter Rekordbetrag, aber gleichzeitig auch der PCR-Test für die Leistungsfähigkeit Bayerns; denn alle diejenigen, die über uns herfallen, sich lustig machen und behaupten, wir wären überall schlecht und würden überall den Anschluss verlieren, was nicht stimmt, müssen zur Kenntnis nehmen: Der PCR-Test ist bestanden. Denn wer zehn Milliarden Euro an andere abgeben muss bzw. kann, der muss dazu auch in der Lage sein. Das sind wir nur, wenn wir wirtschaftlich stark sind, was wir sind, wenn die Steuerkraft entsprechend hoch ist. Deshalb sind diese zehn Milliarden Euro der PCR-Test für die Leistungsfähigkeit. Sie strafen alle diejenigen Lügen, die die Erfolge der bayerischen Politik ständig in Abrede stellen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden trotzdem mit allen Mitteln dafür kämpfen, das zu verändern; denn es kann nicht so weitergehen, dass wir ständig zehn Milliarden Euro einbezahlen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben natürlich über die Jahre, bis Mitte der 1980er-Jahre, auch vom Länderfinanzausgleich profitiert, haben aber mittlerweile über 100 Milliarden Euro selber einbezahlt.

Der wichtige Unterschied ist: Wir haben diese Zahlungen, die wir bis Mitte der 1980er-Jahre als Freistaat Bayern erhalten haben, in kluge Politik umgesetzt und investiert,

sodass der Strukturwandel funktioniert hat vom Agrarstaat bis zum Hightech-Standort. Dann waren wir in der Lage, selber wiederum zurückzuzahlen und mittlerweile die anderen massiv zu unterstützen. Es ist also nicht so, dass wir nur etwas bekommen haben und jetzt bezahlen, sondern wir haben das auch klug eingesetzt. Das würden wir uns auch von den anderen Bundesländern, Stichwort Berlin, sehr wünschen, dass sie das Geld, das sie von den anderen zur Verfügung haben, klug einsetzen und nicht nur wieder für ihre ideologischen Ideen und Pläne ausgeben, meine Damen und Herren.

Wir haben auch den kommunalen Finanzausgleich mit über elf Milliarden Euro gut und rekordmäßig ausgestattet. Da ist aber eine Entscheidung, die den meisten von uns, ich glaube, eigentlich allen, jedenfalls in den Regierungsfractionen, deshalb leichtfällt, weil die Kommunen eine ganz wichtige Funktion in unserer Gesellschaft und in unserem gesamten Staatswesen haben, sich um die Lebensverhältnisse vor Ort kümmern und das selber am besten können, weil sie eben vor Ort sind, dafür aber nach unserer Finanz- und Verfassungsordnung unterstützt werden. Auch das fördern wir jedes Jahr mit neuen Rekordbeträgen. Das ist es wert, positiv herausgestellt zu werden. Ich finde es jedenfalls richtig. Das ist ein Bekenntnis zu unseren Kommunen und zu dem, was die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort alles leisten.

Meine Damen und Herren, jetzt werden Sie natürlich sagen: Das ist wieder typisch Regierung. Sie beweihräuchert sich nur ständig selber. – Ich finde: Man muss sein Licht tatsächlich nicht unter den Scheffel stellen, wenn die Dinge gut laufen. Wenn man gute politische Entscheidungen trifft, dann sollte man das auch mitteilen und verkünden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wenn Sie es uns nicht glauben, dann schlage ich vor, dass Sie es den objektiven Ratingagenturen glauben wie zum Beispiel Standard & Poor's oder Moody's, die uns

nach wie vor und erneut mit dem Rating AAA mit stabilem Ausblick, dem bestmöglichen Rating, versehen haben und bestätigt haben, dass wir eine solide Haushaltspolitik machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit in Zeiten, in denen noch nie dagewesene Herausforderungen wie die Corona-Pandemie oder eben auch die neue Situation mit den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine über uns hereingebrochen sind. Gleichwohl gibt es in Bayern hervorragendes Haushaltsmanagement und vorausschauende Haushaltsführung sowie solide institutionelle Rahmenbedingungen. Wir stehen einfach ganz hervorragend da – nicht deswegen, weil wir es uns selber einreden, sondern weil es uns die Objektivsten der Objektiven objektiv bescheinigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass wir uns gerade im Haushalt der Staatskanzlei auch um Dinge kümmern wie die Europapolitik und Internationales. Früher mal hat die Staatskanzlei tatsächlich zusätzlich den Titel getragen: Bayerisches Staatsministerium des Äußeren. – Das ist aber schon sehr lange her. Das wollen wir uns natürlich auch nicht anmaßen. Gleichwohl ist der Freistaat Bayern sehr aktiv in vielen Regionen dieser Welt, in politisch teilweise ganz wichtigen Gebieten. Ich nenne nur Prag und Israel, aber auch alle anderen, wo wir unsere Büros haben, zuletzt zum Beispiel in London als Antwort auf den Brexit. Ich danke der Kollegin Melanie Huml sehr herzlich für ihr Engagement gerade im Kontakt mit unseren über die ganze Welt verteilten ausländischen Partnerinnen und Partnern.

Ich betone, dass die Zusammenarbeit mit der Ukraine durch das Büro in Kiew in letzter Zeit unkomplizierter verlaufen ist und die Hilfeleistungen, die wir erbringen konnten, unkomplizierter waren, als wenn wir dieses Büro nicht gehabt hätten. Wir haben eine langjährige Partnerschaft mit Kiew, die weit zurückreicht und nicht erst durch die ganze Krisen- und Kriegssituation entstanden ist. Wir haben deshalb vor zwei Wochen entschieden, dass wir unser Hilfspaket auf zehn Millionen Euro erhöhen. Das Motto gilt, so wie es auch bei Corona galt und wie es immer gilt: Der Christ hilft in der Not. –

Wenn es schwierig ist, muss man helfen. Wenn es nicht schwierig ist, dann können es andere auch. Ich glaube, wir werden unserer Verantwortung in diesem Zusammenhang ebenfalls gerecht.

Ein Punkt, der mir auch wegen seiner Ansiedlung in der Staatskanzlei immer wichtig ist, ist die Medienpolitik. Wir erleben, wie wichtig die freie Presse für die liberale Demokratie ist, für unsere Gesellschaftsordnung. Wir sehen, wie sehr diese liberale Art und Weise zu denken unter Druck ist durch ausländische ideologische Gegenentwürfe, die die liberale Demokratie nicht für die richtige Form halten, aber auch durch Gegner aus dem Innern von links und von rechts, die der Meinung sind, entweder mit Hass und Hetze die Demokratie zerstören zu müssen, oder die glauben, Demokratie hat sich überlebt und den Leuten muss mit Cancel Culture und Ähnlichem die eigene Ideologie übergestülpt werden, bis sie es begriffen haben.

Das ist alles falsch. Richtig ist die liberale Demokratie, die darauf basiert, dass sich Freie und Gleiche miteinander auf Augenhöhe unterhalten, diskutieren und Argumente austauschen. Dafür braucht es natürlich die Medienfreiheit, die Pressefreiheit und die Möglichkeit, die unendliche Menge an Informationen, die auf uns einströmt, zu ordnen, auch erklärt zu bekommen und sich damit zurechtzufinden. Dafür braucht es eben qualitativ hochwertige Medien im öffentlichen und im privaten Bereich. Das unterstützen wir alles in allem mit 60 Millionen Euro im Jahr, was eine ganze Menge ist.

Das sind aber nicht nur große, sondern in einer Vielzahl kleine Lokalfunkstationen, über 80, die alle ihren Beitrag zur Medienvielfalt und Medienlebendigkeit in unserem Land leisten. Auch die sollten nicht schwächer und in geringerer Zahl aus der Pandemie hervorgehen, als sie hineingegangen sind. Gleiches gilt jetzt für die Energiekrise. Darum unterstützen wir das mit großer Überzeugung. Ich danke dafür, dass das Hohe Haus, der Bayerische Landtag, dieser Unterstützung folgt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, alles in allem ist dieser Haushalt der Staatskanzlei zwar nur ein kleiner, steht aber sozusagen symbolisch für die Arbeit der

gesamten Staatsregierung. Es handelt sich bei der Staatskanzlei um die Behörde des Bayerischen Ministerpräsidenten. Deshalb danke ich nicht nur allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Staatskanzlei, die gerade in der Pandemie oder in Phasen, in denen es hoch hergeht, in der Krise – Ukraine und Ähnliches –, mehr arbeiten, als sonst erforderlich ist, und sich extrem einsetzen, um den Menschen in Bayern zu dienen. Ich danke auch ganz ausdrücklich unserem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für seine Führung während der Corona-Pandemie.

(Andreas Winhart (AfD): Ist er schon im Haus? – Toni Schuberl (GRÜNE): Richten Sie es ihm aus!)

Das dürfen wir am heutigen Tag nicht vergessen, auch wenn das schon wieder über ein Jahr her ist und sich alle wieder mit dem Tagesgeschäft und der nächsten Herausforderung beschäftigen: Wir sind besser durch die Corona-Pandemie gekommen als viele andere. Einer der Gründe dafür war die klare Führung des Ministerpräsidenten, der diese Herausforderung angepackt und nicht davor gekniffen hat. Er hat mutige Entscheidungen getroffen. Das gilt auch für die neuen Herausforderungen, denen wir in Zukunft gegenüberstehen werden.

Wir haben auch Herausforderungen in anderen Politikfeldern, bei denen es gilt, die Entwicklungen der Zukunft zu erkennen und heute die Weichenstellungen vorzunehmen, damit die Menschen in 20 oder 30 Jahren sagen werden: Das haben die damals im Jahr 2023 richtig entschieden. Deshalb gilt mein großer Dank dem Ministerpräsidenten für seine Führung.

Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der Regierungsfractionen diesem Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei und am Ende dem Staatshaushalt insgesamt zustimmen wird, und dass dies die Oppositionsfractionen nicht tun werden. Damit setzen wir die Segel in Richtung Zukunft. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Adjei vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister, ich frage mich tatsächlich, ob Ihre Redenschreiberin krank gewesen ist; denn viel Inhalt war nicht in Ihrer Rede. Sie haben einiges falsch dargestellt. Sie haben das Thema Inflation angesprochen und versucht, volkswirtschaftlich zu erklären, warum die Aussage von Herrn Hartmann falsch gewesen sei, wonach die Energiekosten der wesentliche Treiber der Inflation seien. Ich möchte Sie auf eine Aussage von Gitta Connemann, die Vorsitzende der Mittelstandsunion und CDU-Bundestagsabgeordnete ist, hinweisen, die gestern bei "Hart aber fair" mehrfach klipp und klar ausgedrückt hat, dass die Energiekosten ein wesentlicher Treiber der Inflation seien.

Sehen Sie das anders? Widersprechen Sie Ihrer Kollegin von der CDU? Wie kommen diese unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Einschätzungen von Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen von der CDU zustande?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Entscheidend ist doch, dass die Energiepreise steigen und die Ampel zu wenig tut, um diese Energiepreissteigerungen einzudämmen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich erinnere an das Chaos am Anfang, wo wir nicht wussten, ist es eine Umlage, oder ist es eine Bremse. Dann wurde alles korrigiert. Diese totale Führungslosigkeit und diese Kakophonie in der Ampel führt dazu, dass die Bürger die Energiepreise nicht mehr tragen können. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Hagen. Bitte.

Martin Hagen (FDP): Herr Minister, irgendwann müssen Sie sich schon entscheiden, ob die Ampel zu viele Schulden aufnimmt, um die Bürger zu entlasten, oder zu wenig. Man kann die Ampel kritisieren, aber man sollte sich schon entscheiden, aus welcher Richtung.

Mein Punkt ist aber ein anderer. Sie haben gesagt, Christian Lindner würde neue Begriffe für Schulden erfinden, beispielsweise "Sondervermögen". Vielleicht hätten Sie vorher besser einmal mit Herrn Finanzminister Füracker gesprochen. Er hätte Ihnen erklärt, dass "Sondervermögen" ein bewährter Begriff aus dem Haushaltsrecht ist. Er kommt zum Beispiel im § 113 der Bundeshaushaltsordnung und im Artikel 110 des Grundgesetzes vor. Christian Lindner als Autor des Grundgesetzes zu bezeichnen, wäre, glaube ich, zu viel der Ehre.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wohl wahr!)

Die von Ihnen mitgetragene Vorgängerregierung hat übrigens Sondervermögen mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, dem Investitions- und Tilgungsfonds, dem Restrukturisierungsfonds und dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds beschlossen. Das sind alles Sondervermögen. Ich freue mich über das Lob für Christian Lindner, aber das ist zu viel der Ehre. Er hat die Sondervermögen nicht erfunden.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich danke für die Klarstellung, dass Christian Lindner nicht an der Verfassung des Grundgesetzes beteiligt war. Das waren tatsächlich Kollegen eines anderen Kalibers.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27080 bis 18/27099 und 18/28110 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27945 zugrunde.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufklärungskampagne ‚Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung – Bußgeld zurück!‘" auf Drucksache 18/27099 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Busch. Enthaltungen! – Das sind Herr Bayerbach (fraktionslos) und Herr Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27945 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der

SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Swoboda und Busch. Wer enthält sich? – Das ist der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Swoboda. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/27945 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27087 mit 18/27090 und 18/28110 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplanes 02 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27080
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/27081
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Staatsministerien
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27082
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Servicestelle der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 18/27083
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien sichern
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27084

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für internationale Verständigung und eine europäische Identität –
Interrail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 18/27085
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Qualitätsjournalismus – Ausbildung von Journalistinnen
und Journalisten stärken, Deutsche Journalistenschule e.V. angemessen
unterstützen
(Kap. 02 05 neuer Tit.)
Drs. 18/27086
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27091
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/27092
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragter der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 18/27093
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/27094
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der
entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen
Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/27095

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/27096
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 18/27097
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 18/27098
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungskampagne „Rechtswidrige Ausgangssperren der Staatsregierung – Bußgeld zurück!“
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27099